

# BULLETIN

NUMMER 1 | März 2009



- 
- \* 5 Biologische Landwirtschaft – CO2 \*
  - \* 8 Finanzkrise – «Es ist eine Systemkrise!» \*
  - \* 14 Geschichtsbuch – Das Buch Blocher \*
  - \* 16 Bildung und Geschlecht – Sag mir, wo die Männer sind \*
  - \* 20 Wegzug – 12 spannende Jahre \*
-

## Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

Heute am Abgrund, morgen einen Schritt weiter

### 4 Alternative

Auch Steueroasen bauen auf Sand

### 5 Biologische Landwirtschaft

CO<sub>2</sub>

### 7 AKW

‘tschuldigung, wie viel kostet der Rückbau eines Atomkraftwerkes?

### 8 Finanzkrise

«Es ist eine Systemkrise!»

### 11 Jubiläum

Mit Martin Stuber zweimal um die Welt

### 12 Palästina

Die Welt hinter den Schlagzeilen

### 14 Geschichtsbuch

Das Buch Blocher

### 16 Bildung und Geschlecht

Sag mir, wo die Männer sind

### 18 Kantonsrat

Grüne Lunge zwischen Zug und Baar in Gefahr

### 20 Wegzug

12 spannende Jahre

### 23 Grünspecht

Drei bürgerliche Holzhämmer ohne Wirkung

### 24 Regierungsrat

Stimmrechtsbeschwerden

### 25 Grüne Kantonalparteien

Alpenfeuerzellerland

### 26 Serviceteil

Buch

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

#### «Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, KriFo Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein  
«Das BULLETIN»

# Heute am Abgrund, morgen einen Schritt weiter

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative Kanton Zug | Bild BULLETIN

*Finanzkrise, Rezession, Managerdebakel, Bankenzusammenbrüche, internationaler Druck auf die Steueroase Schweiz und das Bankgeheimnis. Und wie reagieren Zuger und Schweizer Finanz- und Politikoligarchie? Sie machen die Böcke zu den Gärtnern. Grübel (ex CS) und Villiger (ex SwissRe) zur UBS. Kielholz (ex CS) und Cabiallavetta (ex UBS) zu SwissRe. Und Doerig vom CS-Vize zum CS-Chef. Alle vertreten das korruptierte System von Gier und Machtstreben zum Vorteil weniger Privilegierter und machen im Fall der UBS beim Steuerzahler noch die hohle Hand.*

*Und Zug? Zug antwortet auf die Krise mit einem "Steuersenkungspaket für den Mittelstand zwecks Konjunkturförderung". Ein Griff in die wirtschaftspolitische Mottenkiste. Die Alternativen lehnen diesen Etikettenschwindel ab. Erstens profitieren erneut besser Verdienende stärker als normal Verdienende. Zweitens wird die Kaufkraft der Zugerinnen und Zuger durch Steuersenkungen nicht nachhaltig gefördert. In Krisenzeiten horten die Haushalte die gesparten Steuerfranken statt auszugeben.*

*Der Kanton Zug sollte die vorgesehenen jährlichen 60 Millionen Franken besser in Familien, Bildung, Gesundheit, Umwelt, öffentlichen Verkehr und die Sicherstellung von zahlbarem Wohnraum investieren. Die Wirtschaft ist im Rahmen eines Green Deals umzubauen und nachhaltig zu gestalten. Das wäre reale Konjunkturförderung statt die Einnahmen von Kanton und Gemeinden zu kürzen.*

*Mit ihrer Mottenkistenpolitik gefährden Zugs rechtsbürgerliche Politiker - die teils als Wirtschaftsanwälte in den Finanzplatz verwickelt sind - den Wohlstand*



*von Gesellschaft und Realwirtschaft in Zug. Um international marktfähig zu bleiben, muss Zug seine Wirtschafts- und Steuerpolitik nachhaltig und solidarisch gestalten.*

*Die Steueroase Zug baut auf Sand. Also Schluss mit der Pauschalbesteuerung ausländischer Superreicher. Das Volks-Nein des grössten Wirtschaftskantons zeigt, dass es möglich ist. Und Schluss mit Privilegien für die ausländischen Briefkastenfirmen und gemischte Gesellschaften. Denn es ist unfair, dass diese keine Ertragssteuern zahlen. Und zudem gehört schweizweit endlich das Bankgeheimnis abgeschafft und die Steuerhinterziehung bestraft.*

*Diese weitsichtigen, langjährigen Forderungen der Alternativen werden mittlerweile auch von Bundesrat Merz (Briefkastenfirmen) oder der Zürcher Finanzdirektorin Gut (Bankgeheimnis) oder von Millionär und Denner-Chef Gaydoul (Pauschalbesteuerung) mitgetragen.*

*Es braucht internationale, faire, transparente und allgemein verbindliche Regeln für einen funktionierenden Finanzmarkt und für eine florierende, nachhaltige Wirtschaft zum Wohle aller Menschen.*



# Auch Steueroasen bauen auf Sand

Vorstand Alternative Kanton Zug | Bild istockphoto.com

## 4 Alternative Kanton Zug fordert Aufhebung der Ungleichbehandlung von inländischen und ausländischen Firmen und damit den Verzicht auf das Domizil-Privileg.

Die Schweiz zahlt einen hohen Preis für ihre Weigerung, freiwillig auf das Bankgeheimnis in Form einer absurden Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu verzichten. Hätten die Grossbanken und die von diesen mitfinanzierten bürgerlichen Parteien in den letzten Jahrzehnten und Jahren auf die Linke gehört, wäre der Schweiz eine Reihe von Problemen erspart geblieben. Erstens hat die Annahme von Milliarden von Steuerfluchtgeldern aus aller Welt zur ungesunden Aufblähung von Banken wie der UBS beigetragen. Zweitens würde der Schweizer Finanzplatz nicht in jener Bredouille stecken, in die er sich in seiner masslosen Gier, rücksichtslosen Arroganz und ethikfreien Geschäftstüchtigkeit manövriert hat.

### Zug bald in der Sackgasse

Was für das Bankgeheimnis gilt, gilt auch für die Zuger Steuerprivilegien zugunsten ausländischer Gesellschaften, insbesondere für die Briefkastenfirmen genannten Domizilgesellschaften. Wenn die bürgerlichen Mehrheiten von Zugs Regierungs- und

Fertig mit Steuer-Shopping in Zug!



Kantonsrat nicht rechtzeitig ethisch und politisch unhaltbare Einrichtungen wie das Domizil-Privileg und Praktiken wie das Steuerdumping aufgeben, werden sie den Kanton Zug in eine ähnliche Sackgasse führen, wie die UBS die Schweiz manövriert hat. Zug braucht eine faire, transparente und mit internationalen Regeln kompatible Steuer- und Wirtschaftspolitik. Nur mit einer Aufhebung der unhaltbar gewordenen Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Firmen kann das Wohlergehen von Gesellschaft und Wirtschaft langfristig gesichert werden.

### Auf Kosten der Dritten Welt

Seit Jahrzehnten kritisieren wir die rechtsbürgerliche Steuerdumpingpolitik als höchst unsolidarisch gegenüber anderen Kantonen und Ländern, insbesondere gegenüber der Dritten Welt. Jede Million, die beispielsweise ein Rohstoffkonzern nicht in Peru oder Bolivien oder in Afrika, sondern in Zug versteuert, fehlt in diesen Ländern für das Bildungs- oder Gesundheitswesen oder die Nahrungsmittelverbilligung, kostet also Menschenleben. Gemäss der Studie «Death and taxes» der christlichen Hilfsorganisation «Christian Aid» gingen 2008 der Dritten Welt allein durch «Steuervermeidung von Konzernen», wie dies Zuger Rohstoffmultis praktizieren, 160 Milliarden Dollar verloren. Wie vielen Kindern wurde damit das Recht auf ein würdiges Leben verweigert? Und in Europa entzieht die Steuerflucht in Steueroasen, wie Zug eine ist, den anderen Ländern die materielle Basis für Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder sozialen Ausgleich.

Aber auch für die Schweiz werden Steueroasen und die Pauschalsteuer immer mehr zu einer Belastung. Den Preis für die inländische Bevortei-

lung von ausländischen gemischten Gesellschaften und Briefkastenfirmen bezahlt unter anderem die volkswirtschaftlich viel wichtigere Exportwirtschaft. Zudem sind das Bankgeheimnis und die Steueroasen zu einer aussenpolitischen Hypothek geworden, welche unser Land zunehmend isolieren und in Verruf bringen. Zug und die anderen Kantone, in denen ausländische Firmen gegenüber inländischen steuerlich privilegiert werden, sollen die Ungleichbehandlung aufgeben, bevor sie dazu gezwungen werden. Wohin die Bevorteilung der Finanz- und Handelsbranche führt, zeigt sich heute mit aller Dramatik in England. Aber auch im Inland führen Steuerprivilegien und Steuerwettbewerb zu kantonalen Ungleichheiten, die eines Gemeinwesens unwürdig sind.

### Reiche verdrängen Zuger Familien

Die Steuerprivilegien schaffen aber auch viele Benachteiligte im Kanton Zug selber. Nicht nur reiche Neuzuzüger verdrängen Zuger Familien aus dem Zugerland. Auch Briefkastenfirmen und gemischte Gesellschaften verteuern unser Leben. Die tiefen Steuern, insbesondere für Reiche und für privilegierte Firmen, führen zu derart hohen Boden- und Wohnkosten, dass die meisten Zugerinnen und Zuger bei der Miete mehr draufzahlen, als sie bei den Steuern einsparen.

Aus diesem Grund ist der Kanton Zug laut einer aktuellen Studie der Crédit Suisse in Sachen verfügbarem Haushalt-Einkommen auf den 18. von 26 Plätzen zurück gefallen. Und das beim gehobenen Mittelstand (Jahreseinkommen von 150'000 Franken, Vermögen von 300'000 Franken plus Eigenheimbesitzer). Es ist leicht auszurechnen, dass Wenig- und Normalverdienende in Zug noch schlechter gestellt sind. Nur eine kleine Minderheit von Grossimmobilienbesitzenden, Superreichen und Wirtschaftsanwälten, die mit wenig

# CO2

Toni Niederberger, Landwirt | Bilder Toni Niederberger

Aufwand viel Geld verdienen können, profitiert von der Zuger Steuer-oase. Hinzu kommen die negativen Folgen des enthemmten Wachstums in Form von Mehrverkehr, Zubetonierung von Grünflächen und den damit einher gehenden Umweltschäden sowie Einbussen der Lebensqualität.

## Ungleichbehandlung aufheben

Auch realpolitisch werden Steuerprivilegien immer unhaltbarer. Was für das Bankgeheimnis gilt, gilt auch für die Steueroasen: Sie bauen auf Sand. Am Weltfinanzgipfel vom 2. April 2009 in London dürfte zum nächsten Grossangriff auf Steueroasen geblasen werden. Wem die soziale, ökologische wie auch ökonomische Zukunft unseres Kantons und unseres Landes ein Anliegen ist, der vollzieht eine steuerpolitische Kehrtwende, bevor es zu spät ist.

Aus diesem Grund machen sich die Alternativen stark für die rechtzeitige und freiwillige Aufhebung von Steuerprivilegien wie das Domizilprivileg für Briefkastenfirmen. Im Interesse der Steuergerechtigkeit, aber auch einer nachhaltigen Entwicklung unseres Kantons werden wir entsprechende Vorstösse einreichen. Zudem unterstützen wir die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP Schweiz, für die wir bereits Unterschriften gesammelt haben. Weiter setzen wir uns mit Entwicklungsorganisationen, Drittweltgruppen und Netzwerken wie «Tax Justice Network» ein für eine Aufhebung aller Steueroasen inner- und ausserhalb Europas. Deren Hauptleidtragende sind die Ärmsten der Welt.

Wer einen Kanton Zug, eine Schweiz und eine Welt will, in der die sozialen Gräben nicht noch grösser werden, in der keine platzenden Finanzblasen die reale Wirtschaft in den Abgrund mitreissen, setzt sich ein für eine wirtschafts-, finanz- und steuerpolitische Wende. Statt Privilegien für reiche Minderheiten braucht es mehr Fairness und Gerechtigkeit für alle. ■

**In der Klimafrage spielt die Landwirtschaft eine ganz zentrale Rolle. Das ist viel zu wenig bekannt. Wohl ist uns bewusst, dass auch die Landwirtschaft zur Produktion ihrer Güter Energie verbraucht und CO2 ausstösst. Doch viel grösser ist die Bedeutung der humusreichen Böden, die grosse Mengen von Kohlenstoff gebunden haben. Durch die übliche Art der Bewirtschaftung werden auf diesem Weg riesige Mengen von CO2 freigesetzt. Biologische Landwirtschaft dagegen kann CO2 in die Biomasse des Bodens zurückführen.**

5



Gesunde Nahrungsmittel produzieren ohne chemisch synthetische Hilfsstoffe, artgerechte Tierhaltung, schonende Verarbeitung der Lebensmittel und selbstverständlich arbeiten nach ökologischen Gesichtspunkten, das sind die allgemein bekannte Kernpunkte der biologischen Landwirtschaft. Schön für jene, die sich das leisten können. Doch darf bezweifelt werden, dass ökologische Landwirtschaft flächendeckend betrieben und die Weltbevölkerung mit ausreichend Nahrungsmittel versorgen werden könnte. Bei uns in der Schweiz sind es rund 10 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe, die biologisch wirtschaften, weltweit gesehen ist es nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der Nahrungsmittel, die die strengen Auflagen einer ökologischen Landwirtschaft zu erfüllen vermögen.

Bietet die biologische Landwirtschaft Lösungsvorschläge für globale Probleme und Herausforderungen?

Wohl wächst der Anteil der ökologisch produzierenden Bauern stetig und auch die Nachfrage nach Bioprodukten steigt kontinuierlich an. Dass die ökologischen Anbaumethoden Standard sind, davon sind wir aber noch weit entfernt. Viel zu wenig ist das Potential bekannt, das in einer konsequent ökologischen Landwirtschaft steckt.

## Freisetzen vs. Einbinden

Dass die Landwirtschaft in der Klimafrage eine ganz wichtige Rolle spielt, ist viel zu wenig bekannt. Tatsache ist, dass auch die Landwirtschaft heute nur noch mit einem gros-





Biologische Landwirtschaft kann CO<sub>2</sub> in die Biomasse des Bodens zurückführen.

sen Einsatz von Energieträgern funktioniert, sei es für den Betrieb der Maschinen, die Produktion von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, das Beheizen von Gewächshäusern und vor allem auch die immer weiter reichenden Transporte. Besonders extrem tritt dieser enorme Energieverbrauch bei Flugtransporten zu Tage. Die Menge des benötigten Treibstoffes übersteigt schnell einmal das Gewicht der transportierten Ware. So kleben, bildlich gesprochen, an einem Kilogramm eingeflogener Spargeln um die zwei Kilogramm Kerosin.

Und trotzdem ist dieser direkte Energieverbrauch nicht der entscheidende Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel und CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Verglichen mit dem Gesamtausstoss der Wirtschaft und des Verkehrs hat die Landwirtschaft hier nur einen eher bescheidenen Anteil. Viel mehr werden durch die heute übliche Art der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Böden riesige Mengen CO<sub>2</sub> freigesetzt, welche so zum Klimawandel beitragen. In gutem, humusreichem Boden sind in seiner organischen Substanz grosse Mengen Kohlenstoff gebunden. Die Menge des im Boden gebundenen Kohlenstoffes ist grösser als diejenige aller Wälder und Urwälder der Erde zusammen.

#### CO<sub>2</sub>-Kompensationen verkaufen

Die intensive Landwirtschaft mit ihren schweren Maschinen, der intensiven Bodenbearbeitung und dem Ein-

satz von mineralischen Düngern führt in allen Ländern zu einem beängstigenden Abbau der organischen Substanz der Böden. Dieser Abbau ist der Grund für den grossen CO<sub>2</sub> Ausstoss aus den landwirtschaftlichen Flächen. In gewissen Staaten ist der CO<sub>2</sub> Ausstoss aus den landwirtschaftlichen Böden grösser als derjenige, der durch den Verkehr verursacht wird.

Langzeitstudien im ökologischen Landbau belegen, dass mit moderner biologischer Anbauweise nicht nur der Humusverlust gestoppt werden kann, sondern dass der Humusgehalt in den Böden von Jahr zu Jahr angehoben werden kann. Was nicht anderes heisst, als das eine grosse Menge CO<sub>2</sub> aus der Luft entzogen und im Boden dauerhaft gebunden werden kann. Würde flächendeckend humusaufbauender biologischer Anbau betrieben, so würde das zu einer spürbaren Reduktion des CO<sub>2</sub> Gehaltes in der Atmosphäre führen, sofern parallel dazu der Gesamtausstoss natürlich auch reduziert würde. Es ist durchaus denkbar, dass bald einmal Bauern, die humusaufbauend wirtschaften, CO<sub>2</sub>-Kompensationen verkaufen könnten.

#### Chance für Entwicklungsländer

Diese erstaunliche Feststellung zur Bedeutung des Bodenzustandes im Bezug auf das Klima ist jedoch nicht der erste Grund, weshalb eine bodenpflegende Landwirtschaft ein absolutes Muss für unsere Zukunft ist. Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer

Gründe für eine konsequente Pflege unserer Böden. Gesunde lebendige Erde hat nicht nur die Eigenschaft Humus aufbauen zu können und CO<sub>2</sub> zu binden, sie ist auch viel fruchtbarer und kann viel mehr Wasser speichern, sie ist weniger erosionsgefährdet und hält die Nährstoffe besser fest. Dieser gesunde Boden bringt auch weniger krankheitsanfällige Pflanzen hervor. Alles Eigenschaften, die für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion unabdingbar sind. Es braucht keine grossen Maschinen und teure Hilfsmittel, wie in der industriellen Landwirtschaft, um bodenpflegend produzieren zu können, sondern es genügt das konsequente Arbeiten nach den Erkenntnissen des ökologischen Anbaus. Vor allem für Entwicklungsländer besteht hier die Chance, ihre Abhängigkeiten zu reduzieren und ihre Nahrungsmittelversorgung zu sichern. Die Erosion, die jährlich riesige Flächen wertvolles Kulturland zerstört, könnte eingedämmt werden. Denn jeder Quadratmeter gesunden Bodens hilft unserem Klima.

Ganz entscheidend wären auch die Auswirkungen auf das Wasser. Denn ein Boden, der mehr Wasser aufnehmen kann, braucht weniger Bewässerung, weil das Wasser langsamer versickert. Das wiederum führt zu weniger Überschwemmungen und das Wasser wird bei einer ökologischen Bewirtschaftung der Böden nicht durch Düngemittel und Pestizide verschmutzt. ■

# 'tschuldigung, wie viel kostet der Rückbau eines Atomkraftwerks?

Roger D. Tanner | Bild istockphoto.com

**Atomkraftwerke wurden zu einer Zeit gebaut, als Rückbau noch Abbruch hiess und die Kosten dafür bestenfalls auf einen Drittel der Erstellungskosten veranschlagt wurden. Nunmehr geht man davon aus, dass ein AKW-Rückbau bis das Siebenfache der ursprünglichen Baukosten betragen kann. Im Vorfeld der Abstimmung im Jahr 2012 über die Zulassung für den Bau und den Betrieb neuer AKW in der Schweiz stellen sich deshalb die folgenden Fragen: Stimmen diese Annahmen noch? Was kommt da auf uns zu?**

Wenn wir – als Gedankenexperiment – davon ausgehen, das Atomstrom sauber, zuverlässig, klimafreundlich und für Mensch und Umwelt jederzeit absolut sicher ist. Wenn wir also davon ausgehen, dass keine Lecks und keine Störfälle auftreten, keine Strahlungen in die Umwelt gelangen. Wenn wir somit annehmen, dass Atomstrom eine rundum perfekte Energiequelle ist. Selbst dann stellt sich immer noch die Frage, was nach einer Stilllegung einer Nuklearanlage mit der Bausubstanz passiert? Wird daraus ein Museum, ein Standort für neue Industrieanlagen, ein Heim für Asylbewerber? Oder wird das AKW bis auf die 'grüne Wiese' rückgebaut, damit kommende Generationen sich darauf ausleben können?

## Der Rückbau als Lebenswerk

Auf unserem Planeten wurden bisher 575 AKW und unzählige Versuchsreaktoren und Aufbereitungsanlagen gebaut. Davon sind heute schon mehr als 140 Nuklearanlagen stillgelegt. Gemäss Recherche von Incomindios Schweiz ist nur ein einziges Werk komplett zurückgebaut worden. Dabei handelt es sich um Niederaichbach in Deutschland. Dieses bestand aus einem 100 Megawatt-Reaktor, der im Jahr 1973 ganze 12 Monate in Betrieb war! Die Rückbaukosten betragen gemäss Betreibergesellschaft eineinhalbmals die Kosten des Neubaus. Zurzeit wird das AKW Greifswald abgebaut, das 1991 abgeschaltet wurde. Der Rückbau wird cirka 30 Jahren dauern. Über die Kosten wird von offizieller Seite nichts gesagt. Gemäss den Atomgegnern belaufen sie sich auf das Dreifache der Erstellungskosten. Die 'Grüne Wiese' soll im Jahr 2025 erreicht sein. Ähn-

liche Zahlen liegen beim Westdeutschen Werk Grosswolzheim vor, das 1997 abgeschaltet wurde. Der Rückbau benötigt mindestens 25 Jahre. Die offiziellen Kosten werden mit 800 Millionen Euro veranschlagt, gemäss Atomgegnern sollen sie aber rund 2 Milliarden Euro hoch sein.



Der Rückbau der AKW wird einigen Staub aufwirbeln (Trojan Nuclear Power Plant in Rainier, Oregon)

## Und in der Schweiz...

Was bedeutet dies für die Schweiz? Gemäss Aussagen der Schweizer Atomenergie-Betreiber sind die Kosten des Rückbaus schon in den Betriebskosten integriert und schlagen für alle fünf AKW mit total 1,8 Milliarden Franken zu Buche. Wenn man dem Betreiber von Niederaichbach glauben darf, betragen die Kosten hochgerechnet für die Schweiz für alle fünf Werke 37 Mil-

liarden Franken. Diese Zahl entspricht den eineinhalbfachen Kosten eines neuen Werkes. Falls die Zahlen von Greifswald respektive diejenigen der Atomgegner zutreffen, belaufen sich die Rückbaukosten für alle fünf AKW für das Jahr 2008 auf mindestens 75 Milliarden Franken. Spätestens jetzt müssten auch gestandene rechtsbürgerliche Politiker ins Stocken geraten, wollten sie ernsthaft noch mehr AKW-Unheil anrichten.

## Das ist erst der Anfang

Im oberen Abschnitt wurden eine ganze Reihe von weiteren Problemkreisen, wie die Urangewinnung und Anreiche-

rung (im Grunde genommen die eigentliche Katastrophe in der nuklearen Prozesskette), der Strahlenschutz, die nuklearen Abfälle und nicht zu vergessen die Mär vom CO<sub>2</sub>-freien Atomstrom bewusst ausgeklammert. Wenn wir also das Gedankenexperiment der perfekten Energiequelle hinter uns lassen, gibt es in der AKW-Diskussion neben dem Rückbau noch viele weitere Probleme zu berücksichtigen. ■

# «Es ist eine Systemkrise!»

Interview Martin Stuber, Redaktion BULLETIN, geführt am 7.3.2009 in Zürich | Illustrationen BULLETIN und The Economist

8

**Gian Trepp** ist einer der wenigen Schweizer Wirtschaftsjournalisten, der schon seit Jahren vor den Folgen der Strategie der beiden Schweizer Grossbanken auf dem internationalen Finanzmarkt gewarnt hat. Seine drängenden Hinweise auf das damit verbundene Klumpenrisiko für die gesamte Schweizer Wirtschaft lesen sich fast als Drehbuch für das, was momentan passiert. Am 10.02.2005 veröffentlichte er beispielsweise in der WoZ einen Artikel unter dem Titel «Die Geldmaschine UBS - Die Schweizer Bank setzt voll auf die US-amerikanische Karte und könnte damit zur Gefahr für die Schweizer Realwirtschaft werden».



**BULLETIN:** Gian, Du vertrittst die These, dass es sich nicht um eine «klassische» kapitalistische Konjunkturkrise handelt, sondern um eine regelrechte Systemkrise. Kannst Du das ausführen?

**Gian Trepp:** Bei einem konjunkturellen Wirtschaftseinbruch oder dem Platzen einer Finanzblase sinken die Preise und schrumpft die Wirtschaft bis zum unteren Wendepunkt. Dann startet das Wachstum wieder und es geht weiter wie vorher. Solche Krisen hatten wir in den letzten 30 Jahren einige. Beispiele sind etwa der Börsencrash von 1987, die Immobilienkrise in der Schweiz anfangs der 1990er Jahre, die Asienkrise 1998 oder die «dot.com» Blase in den USA von 2001. In der aktuellen Finanzkrise sinken aber nicht nur die Wert-

schriftenpreise, sondern in den Industrieländern sind die Bankensysteme regelrecht zusammengekracht und müssen nun vom Staat mit immer mehr Geld am Leben erhalten werden. Ferner sind viele Finanzprodukte faktisch zum Wertschriftenmüll geworden. Sie haben keinen Marktwert mehr. Weil die Banken zu wenig Eigenkapital haben, um die entsprechenden Abschreibungen vorzunehmen, werden die privatkapitalistischen Verluste vergesellschaftet, das heisst zu willkürlichen Preisen von den Zentralbanken übernommen.

**BULLETIN:** Du sprichst von den allgegenwärtigen «toxic assets»?

**Gian Trepp:** Ja, aber der Begriff «toxic» trifft es nicht genau. «Asset trash» oder «Wertlosschrift» wären bessere

Begriffe. Denn es handelt sich um Abfall, um Wertschriftenmüll, den niemand mehr will und der deshalb keinen Marktwert mehr hat. Und niemand weiss, ob dieser Müll jemals wieder einen Wert haben wird.

**BULLETIN:** Warum sind sie nichts mehr wert? Die Nationalbank behauptet doch, dass die von der UBS übernommenen Wertschriften dereinst wieder verkauft werden können, wenn sich der Immobilienmarkt in den USA erholt hat.

**Gian Trepp:** Da habe ich eine andere Einschätzung als die Nationalbank und ich bin damit nicht alleine. Der Grund dafür wird klar, wenn man sich diese Wertschriften genauer anschaut.

In den letzten 30 Jahren haben die Investmentbanken ganz neue Typen von Wertschriften entwickelt. Es wurden Einzelkredite (Hypotheken, Konsumkredite, Autoleasing, Studiendarlehen, aber auch Geschäftskredite etc.) zu einem Paket gebündelt und einer speziell dafür geschaffenen Gesellschaft verkauft. Diese finanzierte sich ihrerseits über Obligationenanleihen. Der Fachbegriff für eine solche Obligation ist «Collateral Debt Obligation» (CDO). Solche CDOs wurden seit Beginn der 90er Jahre in astronomischer Höhe ausgegeben. Das spezielle an diesen Produkten ist, dass diese Obligationen nicht auf reelle Werte ausgegeben wurden, sondern auf Schulden bzw. dem Zahlungsverprechen der Schuldner. Wenn die Schulden nicht mehr bedient und zurückbezahlt werden können, sinkt der Wert der Obligation auf Null. Wenn der Anteil der schlechten, also zahlungsunfähigen Einzelkredite in diesem Paket zu hoch wird, sinkt das Vertrauen in die gesamte Obligation. Wenn man sich zurückerinnert: die Krise begann mit der sogenannten Subprime Mortgage Krise im US-Immobilienmarkt. Nachdem sich die Zahlungsausfälle auf diese Hypothe-



ken häuften, ging das Vertrauen in die undurchschaubaren CDOs auf Immobilienkredite verloren und diese Papiere verloren über Nacht dramatisch an Wert.

Der Prozess der Hypothekarkreditgewährung wurde mit den CDOs abgekoppelt von der Realität der Liegenschaft und der ökonomischen Verhältnisse der Liegenschaftsbesitzer. Im Zentrum stand nicht mehr das Potential der Liegenschaft, einen realen Zins zu generieren. Im Zentrum stand die Finanztransaktion, denn daran haben alle verdient: die Makler, die Vermittler und natürlich vor allem die Erfinder dieses Wertschriftentyps, die Banken. Es bestand also für alle Beteiligten ein Interesse, möglichst viele Immobilienkredite zu vergeben.

**BULLETIN:** Was war der Grund für die Schaffung dieses neuen Wertschriftentyps?

**Gian Trepp:** Neben dem Profit dank happigen Gebühren ging es den Banken vor allem um eines: sie wollten Kredite handelbar machen. Das war seit Beginn der 80er Jahre der finanzwirtschaftliche Megatrend. Mit dieser Verbriefung wurden die Kreditrisiken handelbar gemacht. Damit können die Banken ihre Bilanzen von Risiken befreien und wieder die gleichen Kreditgeschäfte, an denen sie viel verdienen, mit neuen Schuldnern machen.

**BULLETIN:** Und woher ist das Geld

gekommen, das die Banken als Hypothekenkredite ausgeliehen haben?

**Gian Trepp:** Seit Beginn der Achtzigerjahre kam es zu einer gigantischen Ausdehnung der Kreditvolumen. Dafür gibt es meines Erachtens zwei Ursachen. Einerseits verfolgte die US-amerikanische, aber auch die anderen Zentralbanken eine Politik des billigen Geldes. Die Banken konnten also die Kreditausweitung an die Wirtschaft zu niedrigen Zinsen bei der Zentralbank refinanzieren. Andererseits wurde der Handel mit Derivaten enorm ausgeweitet und in diesem Finanzinstrument versteckt sich ein oft übersehener Kreditschöpfungsmechanismus.

Ein Derivat ist eine Wette zweier Vertragspartner auf die Preisentwicklung eines beliebigen Basiswertes (Aktie, Rohstoff, Währung). Früher waren solche Finanztermingeschäfte fest an zwei Vertragspartner gebunden. Zum Beispiel an einen Weizenfarmer in Kansas und einen Getreidehändler in Chicago. Der Farmer verkaufte dem Händler seine Ware vor der Ernte zu einem Fixpreis. Der Händler trug das Risiko eines allfällig tieferen Weizenpreises, bekam aber dafür das Gewinnpotential im Falle eines höheren Marktpreises bei Ablieferung. Seit Beginn der 1970er Jahre wurden die Positionen der zwei Vertragspartner bei solchen Terminkontrakten juristisch getrennt und einzeln handelbar. Das bedeutet, dass während der Laufzeit des Kontraktes beide Positionen weiter verkauft werden können. Bevor also die Ware gegen den vereinbarten Preis den Besitzer gewechselt hat, kann der Vertrag zu Geld gemacht werden. Das heisst mit anderen Worten: einen Null-Prozent-Kredit für eine bestimmte Zeit.

**BULLETIN:** Deshalb hat der Grossinvestor Warren Buffet von Derivativen als Massenvernichtungswaffe des Kapitalismus gesprochen. Zwei Pfeiler (Verbriefung und Derivative) sind eingestürzt ...

**Gian Trepp:** ...ja, und auch der dritte Pfeiler des amerikanischen Finanzkapitalismus, die deregulierten globalisierten Finanzmärkte. Weite Bereiche dieser Märkte sind seit Sommer 2007 faktisch geschlossen. Der Handel zwischen den Banken mit Derivaten und anderen Finanzinstrumenten ist zum Erliegen gekommen. Die neoliberale Konzeption, dass der

freie Markt die Wirtschaft am Besten regelt, ist in sich zusammengekracht. Die deregulierten Strukturen haben zu einer Finanzkatastrophe geführt, deren Ausmass bisher einmalig ist – und wir sind noch nicht am Talboden angelangt. Es ist, wie wenn die vereinigten Brückeningenieure dieser Welt eine neue, tolle und noch nie dagewesene Brücke gebaut hätten, und nun ist die einfach und scheinbar unvermittelt in sich zusammengestürzt.

**BULLETIN:** Was bedeutet das Ganze für die Kreditschöpfung in der Realwirtschaft? Das zählt ja für die grosse Mehrheit der Bevölkerung. Was vielen Leuten Angst macht, sind Tempo und Ausmass der Produktionseinbrüche. Wie sind diese Einbrüche verzahnt mit dem gestörten Kreditschöpfungsprozess?

**Gian Trepp:** Trotz den massiven staatlichen Kapitalspritzen für das Bankensystem sind die Banken bei der Kreditvergabe viel restriktiver geworden. In zahlreichen Staaten spricht man von einer Kreditlemme. Dieser Mangel an Krediten behindert die produzierende Wirtschaft. Das beschleunigt noch den Abbau von Arbeitsplätzen und die Talfahrt der Wirtschaft.

**BULLETIN:** Und die UBS und die CS sind ein integraler Bestandteil dieser Systemkrise?

**Gian Trepp:** Ja. Beide Schweizer Grossbanken haben ihr Geschäftsmodell vor 10 Jahren voll auf die globalisierten Finanzmärkte ausgerichtet. Sie eröffneten in New York Investmentbanken und kombinierten die schon bestehende Schweizer Geschäftsbank und die ebenfalls schon bestehende Schweizer Vermögensverwaltungsbank für Ausländer mit einer neu geschaffenen amerikanischen Investmentbank zu einer globalisierten Universalbank. Das war Ospels – und Grübels! – Leistung...

**BULLETIN:** Wie schätzt Du die Reaktion der Politik in Bundesbern auf diesen Systemcrash ein?

**Gian Trepp:** Die Schweizer Volkswirtschaft hätte den Kollaps der UBS nicht verkraften können. Dieses Institut ist ein Pfeiler des hiesigen Finanzsystems. Dessen Anteil am Zahlungsverkehr, an den Lohnkonti, den Spargeldern, an den Hypokrediten, an den Geschäftskrediten beträgt schätzungs-



weise zwischen 30 bis 50%. Deshalb waren die Finanzspritzen der Bundeskasse und der Nationalbank unumgänglich.

Trotzdem vermag das Schweizer Krisenmanagement nicht zu überzeugen. Der grösste Fehler scheint mir, dass der systemische Charakter der Krise verkannt wird. Es wird in Zweckoptimismus und Wunschdenken gemacht und gehofft, die Krise aussitzen zu können. Und auch UBS und CS hoffen, dass in zwei, drei Jahren alles vorbei sein werde. Die politische Krise um das Bankgeheimnis kommt noch dazu. Zum ökonomischen Druck gesellt sich politischer Druck. Da scheint mir auf der Hand zu liegen, dass das System geändert werden muss, und das rasch.

**BULLETIN:** Aber dieser Druck der US-Regierung funktioniert doch nur, weil die UBS eine Investmentbank in den USA bleiben will. Die Drohung war ja, der UBS die Lizenz zu entziehen.

**Gian Trepp:** Ja genau. Und das zeigt doch, dass das alte Geschäftsmodell der Investmentbank plus Vermögensverwaltung tot ist. Man stelle sich das noch einmal vor: Die UBS musste, unter Beifall der Finanzmarktaufsicht Finma, einige hundert Kunden an den amerikanischen Steuervogt verraten, bevor die zuständige Schweizer Justiz zu einem Urteil über diese Fälle gekommen ist, um den Verlust der Banklizenz in den USA zu verhindern. Die Schweiz als Bananenrepublik! Und dieser Deal basiert auf der Hoffnung, damit seien die USA befriedigt. Das ist Zweckoptimismus und Wunschdenken. Da zahlten sie einen hohen Preis.

**BULLETIN:** Wer ist «sie»?

**Gian Trepp:** Finma-Präsident Eugen Haltiner. Der neue UBS-Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger und der neue Geschäftsführer Oswald Grübel. Unterstützt vom Bundesrat und der Mehrheit des Parlamentes.



**BULLETIN:** Was heisst das für die Schweiz als Ganzes?

**Gian Trepp:** Es besteht das Risiko, dass das Festhalten der UBS und auch der CS an ihrer US-Investmentbank das gesamte Bankensystem der Schweiz auch weiterhin destabilisiert.

**BULLETIN:** Was ist zu tun?

**Gian Trepp:** Ich denke, diese Systemkrise verlangt auch eine systemische Antwort. Das Schweizer Finanzsystem muss grundlegend überholt werden. Es geht im Wesentlichen um vier Punkte:

Erstens die Einführung des sogenannten Trennbankensystems, also die separate Organisation des rein spekulativen Wertschriftenhandels der Investmentbanken und des volkswirtschaftlich nötigen Bankgeschäfts der Geschäftsbanken.

Zweitens der Ausbau des staatlich garantierten Geschäftsbankenbereichs. Das heisst Stärkung der Kantonalbanken und Ausbau der Postfinance zur Postbank mit Staatsgarantie.

Drittens die Konsolidierung der neuen Schweizer Finanzplatzholding SIX als Betreiberin der Finanzinfrastruktur. Eine funktionierende Infrastruktur ist zukünftiges Zentrum der Vermögensverwaltung und viel wichtiger als das Bankgeheimnis.

Viertens die Nachbesserung des neuen Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Finmag). Das heisst, die allzu schwache neue Überwachungsbehörde muss massiv gestärkt werden.

Diese vier Punkte sind im Greenfo im November 2008 veröffentlicht worden. Es ist zu hoffen, dass auch die anderen Parteien rechtzeitig merken, was auf dem Spiel steht. ■

Viele Texte von Gian Trepp sind auf seiner Website veröffentlicht. Soll niemand sagen, dass keiner wusste, was da auf uns zukommt!  
[www.treppresearch.com](http://www.treppresearch.com)

Trepp's Analyse der Derivate im Jahrbuch 2008 des «Denknetz» zählt zum Verständlichsten über die Wirkungsweise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus US-amerikanischen Typs. Jahrbuch Denknetz: Eine andere Welt. Nach der Entzauberung des Kapitalismus. Zürich, edition 8, 2008 (ISBN 978-3-85990-135-3, Fr. 25.-).

Das Jahrbuch lohnt die Lektüre auch wegen der übrigen Texte und auf der Website finden sich zahlreiche interessante Informationen über die globale Krise.

[www.denknetz-online.ch](http://www.denknetz-online.ch)

# Mit Stubi zweimal um die Welt

Marianne Aepli, Präsidentin Verein DAS BULLETIN | Bild Arlene Wyttenbach

**Wegen eines leichtsinnigen Versprechens macht sich der Protagonist in Jules Vernes Abenteuerroman «Reise um die Erde in 80 Tagen» auf den Weg ins Ungewisse und läutet damit ein neues Zeitmass ein. Alle Beweggründe kennen wir nicht, die Martin Stuber vor 20 Jahren bewogen haben, sich dem Abenteuer «BULLETIN» zu verschreiben, sicher jedoch war das Kommende unvorstellbar, erst der Rückblick schreibt Geschichte. – Und lässt staunen ob all der umwundenen Hindernisse, durchstandenen Stürme, spannenden Ereignisse und erfreulichen Begegnungen.**

So gesehen blickt Stubi alles in allem auf eine gute Geschichte zurück, wir mit ihm und wir danken ihm für seinen grossen Einsatz. Geri Schmid als langjähriger Mitarbeiter beschreibt das gemeinsame Abenteuer: «Alle Achtung, Martin, für dein hohes Beharrungsvermögen in der BULLETIN-Redaktion! Das Attribut Chefredaktor hast du dir stets verbeten, obwohl von dir am meisten Impulse ausgingen. Die Arbeit gestaltete sich für alle Mitwirkenden vielfältig und spannend. In der Schlussphase der Produktion konnte es manchmal hektisch bis chaotisch zugehen, besonders wenn die Auslegeordnung von vorhandenen und fehlenden Textbeiträgen die eigentliche Redaktionsarbeit bis weit in den Abend hinein verzögerte. Dieser Eindruck dürfte dir bekannt vorkommen, denn zum Ende meiner BULLETIN-Tätigkeit vor fünf Jahren formulierte ich es ähnlich: «Die Arbeit in der BULLETIN-Redaktion war geprägt von lo-

ckerer Team-Atmosphäre und gelegentlichen Zitterpartien, ob und wie eine Nummer termingerecht ihre Leserschaft erreichen könnte.» Den Dank für dein langjähriges Engagement, lieber Martin, verbinde ich mit dem Wunsch für ein erfolgreiches Fortbestehen dieser wichtigen Stimme in der zugerischen Politlandschaft.»

## Politiker, Pragmatiker, Praktiker

Bei diesem Engagement waren Martin Stubers drei charakteristische P's entscheidend: Politiker, Pragmatiker und Praktiker. Als Politiker musste er viele Themen oberflächlicher behandeln, als ihm lieb war, der Tiefe, den Hintergründen und Zusammenhängen konnte er dann beim Recherchieren von Bulletin-Artikeln nachgehen und diese als geübter Schreiber festhalten und weitergeben. Als Pragmatiker zeigte er sich insbesondere bei der Zusammenarbeit im Team. Natalie Chiodi, seit elf Jahren mit dabei meint: «Wenn alle euphorisch sind, dann ist es Stubi sicher nicht, wenn alle verzweifelt sind, dann findet Martin, der grosse Optimist, immer noch irgend einen positiven Aspekt.» Als Praktiker übernahm Martin Stuber in den letzten Jahren, nebst dem Schreiben, den technischen Support, der eigene Computer wurde zur Drehscheibe, die Wohnung von Martin Stuber und Arlene Wyttenbach zum Angelpunkt. Dabei ist Martin ein Handelnder, der viermal im Jahr ein



Der Dreh- und Angelpunkt des BULLETINS

**Impressum**

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

**SGA-Bulletin Nr. 1/99**, März 1999; erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:** Förderverein pro SGA-Bulletin

**Adresse:** SGA-Bulletin, c/o Martin Stuber, Bleichmattweg 5, 6300 Zug; Telefon: 711 86 33, E-Mail mstuber@tic.ch

**Redaktion:** Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

**Layout:** Markus Müller

**Belichtung/Druck:** ropress Zürich

**Auflage:** 1150

**Abonnements:** Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

**Redaktionsschluss Nr. 2/99:** Fr., 11. Juni 1999, Erscheinungsdatum: Donnerstag, 24. Juni 1999

Martin Stuber = das BULLETIN: Bis zur Ausgabe 2 im Jahre 1999 war die Anschrift für beide die Gleiche.

Produkt seiner Mitarbeit in den Händen hält. Für eine Ausgabe investiert er 2-3 Arbeitstage, macht im Jahr mindestens 8 Tage, in 10 Jahren 80 Tage und in 20 Jahren nach Jules Vernes Zeitmass zweimal die Reise um die Welt.

## Und was meint der Jubilar zu seinen 20 Jahren BULLETIN?

«Das BULLETIN ist ein Unikum innerhalb von Rot-Grün in der Schweiz. Meines Wissens verfügt keine kantonale Partei aus diesem Spektrum über eine vergleichbare Publikation, die dank den AbonentInnen seit 15 Jahren finanziell selbsttragend ist, und das ohne Werbung.

Ich schaue aber lieber vorwärts. Jetzt stehen wir mitten in einer epochalen Zeitenwende und ich wünsche mir, dass auch das BULLETIN einen aufklärerischen Beitrag leisten wird.» ■



# Die Welt hinter den Schlagzeilen

Milena Aviram, Peace Watch Switzerland | Bilder Milena Aviram

12

**Es ist seltsam, mit einer Realität konfrontiert zu sein, welche man aus den Medien kennt. Begriffe wie «Westjordanland», «Palästinenserbehörde», «israelische Armee», «illegale israelische Siedlungen», «radikal-islamistische Hamas» sind schlussendlich nur farblose Worte, bei denen man vergisst, dass dort Menschen leben, die versuchen, ein normales Leben zu führen.**

Drei Monate habe ich in einem internationalen Team in einer kleinen Stadt im Westjordanland gearbeitet. Wir waren präsent an Checkpoints (CP)\*, gingen Dörfer besuchen, welche durch die Sperranlage oder durch sonstige Hindernisse isoliert sind, gaben Englischstunden und waren in Kontakt mit anderen Menschenrechtsorganisationen. Das Wichtigste bei all den Aufgaben war, dass wir mit der Bevölkerung zusammenstehen und dass ihr Leiden, die täglichen Unterdrückungen und Demütigungen nicht ungesehen bleiben. Die Palästinenser haben alle ein grosses Bedürfnis, der Welt von der 42-jährigen israelischen Besatzung und von ihren Erlebnissen zu erzählen.

## Die Mauer entzweit

So hat ein Mann eines Dorfes, durch das die Mauer geht, erzählt, dass er auf der anderen Seite wohnt als seine Frau und Kinder, weil sie keine Erlaubnis kriegen, bei ihm zu leben, und deswegen muss er immer einen CP passieren, damit er seine Kinder sehen kann. Ein anderer Mann im gleichen Dorf hat uns sein Haus gezeigt: Vor etwa fünf Jahren hat die israelische Armee sein fast fertig gebautes Haus besetzt und auf dem Dach eine Militärbasis eingerichtet. Der Hausbesitzer konnte seither nicht mehr in sein Haus gehen, weil es als Militär-

sperrzone deklariert wurde. Im Dezember 2008 haben die Soldaten das Dach verlassen. Der Mann hat nun so schnell wie möglich alles fertig gestellt und ist wieder eingezogen – er weiss aber nie, ob die Soldaten plötzlich wiederkommen. Und falls doch, kann er sich fast nicht wehren. Eine junge Frau hat mir erzählt, wie sie kilometerlange Umwege durch die Hügel machen musste, damit sie die Universität in Nablus besuchen konnte. Der direkte Weg nach Nablus war für Monate gesperrt. Einige Male wurde sie von Soldaten entdeckt und musste flüchten, damit sie nicht ins Gefängnis gesteckt wird. «Aber das Leben musste weitergehen. Ich konnte nicht einfach zu Hause sitzen und nichts machen. Ich wollte weiter studieren», hat sie auf meine Frage, ob sie keine Angst habe, geantwortet.

## Eskalation voraussehbar

Ein starkes Erlebnis für mich selbst war die Demonstration eines Dorfes gegen die Sperranlage. Viele Palästinenser leben vom Ertrag ihrer Olivenbäume und vom Gemüseanbau, und weil die Sperranlage nicht überall auf der anerkannten Waffenstillstandslinie von 1949 verläuft, wurden Bauern von ihren Feldern abgetrennt. Der Verlauf der Sperranlage wird von den Vereinten Nationen als Verletzung des internationalen Rechts angesehen. Wir folgten der Demonstration Richtung Sperranlage und einige palästinensische Jungen begannen, den Elektrozaun mit Steinen zu bewerfen. Soldaten waren keine zu sehen. Nach einiger Zeit kletterten junge Männer am Zaun hoch und versuchten, Stacheldraht runterzureissen. Die Stimmung unter den Demonstrierenden war ausgelassen; ich spürte, wie viele ihre aufgestauten Emotionen endlich rauschreien konnten, ihrer Frustration Luft verschafften, indem sie Steine warfen. Die Eskalation war voraussehbar. Wir gingen etwas zurück, um uns vom Steinewerfen zu distanzieren,



\*Checkpoints sind von der israelischen Armee kontrollierte Sperren, wo alle Palästinenser einem Check unterzogen werden. Sie befinden sich auch mitten in palästinensischem Gebiet und schränken die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung erheblich ein.



In den Medien tauchen nur die gewaltvollen Demonstrationen auf, friedliche Proteste gehen ganz einfach unter.

denn wir unterstützen nur gewaltlose Demonstrationen. Wir beobachteten aus der Ferne, wie die israelische Armee in gepanzerten Fahrzeugen angestürmt kam. Sofort schossen sie Lärmbomben und Tränengas in die Menge, und wir sind Richtung Dorf gerannt. Die Soldaten waren plötzlich überall, und obwohl sich die Demonstrierenden alle schon zurückzogen, wurden wir mit Gummipatronen und Tränengas beschossen. Jeeps und Panzerfahrzeuge kamen aus allen Ecken des Dorfes und wir fanden Unterschlupf in einem Haus. Sofort wurde eine Ausgangssperre verhängt, und ich hatte das Gefühl, dass sich das sonst friedliche Dorf plötzlich in eine Kriegszone verwandelt hatte.

#### Ausweg aus der Gewalt?

Was soll man nach so einem Erlebnis denken? Natürlich haben die Palästinenser Steine geworfen. Aber nicht auf die Soldaten, sondern auf die Sperranlage. Und wie kommt es, dass man flüchtende Demonstrierende mit Tränengas und Gummipatronen beschiesst? Ich hatte im Westjordanland Gespräche mit palästinensischen Eltern und Leh-

ren, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Teenager davon abhalten sollen, Steine zu werfen oder die Soldaten zu provozieren – was alles mit Gefängnisstrafe oder Schlimmerem bestraft werden kann. Die Palästinenser im Westjordanland werden jeden Tag unterdrückt, gedemütigt und mit Waffen bedroht, viele landen in Gefängnissen, weil sie illegal in Israel arbeiten oder weil sie der falschen Partei angehören. Das Steinwerfen sehen sie oft als einzigen Weg, ihrer Wut und Hoffnungslosigkeit Ausdruck zu geben – mit einem Stein in der Hand haben sie das Gefühl, sich zu wehren. Was für eine Alternative haben die Jugendlichen, sich Gehör zu verschaffen? In den Medien tauchen nur die gewaltvollen Demonstrationen auf, friedliche Proteste gehen ganz einfach unter. Ich denke, dass jeder Weg aus dem Konflikt ein gewaltloser sein muss. Als ich hier war, wurde mir bewusst, wie viel Kraft und Geduld es braucht, der Besatzung gewaltlos die Stirn zu bieten.

#### Abschottung und Kontrolle

Die Besatzung spürt man nicht nur in solch aussergewöhnlichen Ereignissen,

sondern man erlebt sie mit jedem Schritt, den man tut. Entweder sieht man die Grenzsperranlage in Form einer Mauer oder eines Zauns, wenn man durch das Land reist, passiert immer wieder Checkpoints, oder sieht israelische Siedlungen, welche sich entgegen internationalem Recht tief im Westjordanland immer weiter ausstrecken. Ich kenne einen Schuldirektor, der mit seinem Esel ins nächste Dorf reiten muss, wo sein Auto steht, mit welchem er dann zur Arbeit fährt. Auf der Strasse von seinem Dorf runter brausen israelische Siedler an ihm vorbei, welche die Alleinherrschaft über die Strasse haben. Palästinenser dürfen sie nur zu Fuss benutzen. Kinder müssen durch CPs zur Schule, und wenn ein CP aus irgendwelchen Gründen geschlossen ist, kommen sie zu spät oder gar nicht zum Unterricht. Manche Familien können selten Besuch erhalten, weil der Weg zu ihrem Dorf durch einen CP führt und ihre Familienmitglieder aus anderen Dörfern keine Erlaubnis erhalten, durch den CP zu gehen. Zudem ist die wirtschaftliche Lage im Westjordanland ausgesprochen kritisch und die meisten Studienabgänger finden keine Arbeit oder verdienen sich ihr Brot als Handlanger. Die Abschottung und Kontrolle der Westbank hat die Wirtschaft völlig lahmgelegt. Es ist nicht einfach, den Geschichten zuzuhören, ohne etwas tun zu können. Ich kann weder die Besatzung beenden noch das gegenseitige Misstrauen zwischen Israelis und Palästinensern in Vertrauen und gegenseitigen Respekt umwandeln. Ich kann nur davon berichten, was ich gesehen und erlebt habe und hoffen, dass die Menschen, welche gewaltlos für Frieden kämpfen, irgendwann einmal in der Mehrheit sind – auf beiden Seiten. ■

Peace Watch Switzerland entsendet MenschenrechtsbeobachterInnen in Konfliktgebiete. Nähere Infos unter [www.peacewatch.ch](http://www.peacewatch.ch)

# Das Buch Blocher

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Illustration «Die Zeit»

14

**Für das deutsche Wochenmagazin «Die Zeit» verfasste Josef Lang die Rezension von Markus Somms Blocher-Biographie.**

Wie nicht anders zu erwarten war, ist Markus Somms Biographie über Christoph Blocher zu einer Hagiographie geraten. Allerdings ist der 523-seitige Wälzer nicht nur einseitig, sondern häufig anregend, nicht nur ärgerlich, sondern oft lehrreich. Richtigerweise sucht Somms die Haupterklärung für den spektakulären Aufstieg des «konservativen Revolutionärs» nicht an der Oberfläche, beispielsweise bei dessen finanziellen Mitteln oder in dessen fragwürdigen Methoden. Er sucht sie in den Tiefenschichten der Schweizer Geschichte und am Beispiel der konservativen Wende in den USA. Das Erste dürfte dem porträtierten alt Bundesrat besser gefallen als das Zweite. Auch weil die «konservative Revolution» in der einstmaligen «Sister Republic» vor einem Scherbenhaufen steht.

## **Blocher und die «alte Schweiz»**

Für Blochers Durchmarsch nach dem Ende des Kalten Krieges findet Somms eine einfache und einleuchtende Erklärung. Der konservative Pfarrerssohn hielt an jenen Sonderfall-«Maximen» fest, die bislang auch für die beiden historischen bürgerlichen Parteien, die FDP und die CVP, gegolten hatten. Zu ihnen gehörten eine tiefe Staatsquote, eine Hochschätzung des Unternehmertums, die «immerwährende bewaffnete Neutralität», eine «überragende politische und gesellschaftliche Bedeutung» des «Militärischen» sowie die Überzeugung, den Zweiten Weltkrieg nicht nur unversehrt, sondern – abgesehen von ein paar «Verfehlungen» – auch unschuldig überstanden zu haben. Als «Nationalrat, Oberst, Unternehmer», wie ein Zwischentitel lautet, war Blocher in «dieser alten Schweiz» bestens verankert. Mit dem Wegfall der für die Schweiz höchst vorteilhaften Blockkonfrontation, im Zeichen von innenpolitischen

Erschütterungen wie der Fichenaffäre und unter dem Menetekel «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben», ergriffen die christdemokratischen und freisinnigen Führungen und eine knappe Mehrheit der Landesregierung 1992 die Flucht nach vorn. Beitritt zuerst zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und dann zur Europäischen Gemeinschaft lautete die neue Ausrichtung.

## **«Kampf um die Geschichte»**

Aufgrund des abrupten Kurswechsels fielen nach dem knappen Nein zum EWG-Beitritt die rechten Flügel der bisherigen Mehrheitsparteien FDP und CVP wie reife Früchte vor die bodenständigen Beine des gelernten Bauern. Die politische Ernte wurde ein paar Jahre später noch grösser, als die Schweizer Banken und Behörden mit einer Zahlung an einen Entschädigungsfonds für bedürftige Shoa-Opfer jene Mitverantwortung an den Naziverbrechen eingestanden, die sie jahrzehntelang geleugnet hatten. Somms wirft der FDP und CVP vor, während der Nazigolddebatte der Linken erlaubt zu haben, «eine bürgerliche Erfolgsgeschichte» in eine «Moritat des Versagens» umzudeuten.

Blocher, der im «Kampf um die Geschichte» das verteidigte, was bislang als offizielle Lehre gegolten hatte, wurde wiederholt unterstellt, mehr oder weniger gezielt judenfeindliche Vorurteile abgerufen zu haben. Diesem schwerwiegenden Vorwurf geht Somms nur halbherzig nach. So erwähnt er die in der «Jubiläums-Proklamation» der Zürcher SVP zu ihrem 80. Geburtstag vom September 1997, also mitten in der Nazigolddebatte, veröffentlichte Polemik gegen den «goldenen Internationalismus» mit keinem Wort. Aber an anderer Stelle übersetzt er die frühere «Frontstellung» der SVP gegen die «goldene In-

ternationale» als eine gegen den «Kapitalismus». Dabei sollte einem Historiker bekannt sein, dass «goldene Internationale» ein auch von den Nazis benütztes Codewort für «jüdisches Finanzkapital» ist.

## **Konservative Traditionen**

Dass Markus Somms Blocher attestiert, «den Sonderfall um mindestens eine Generation verlängert» zu haben, lässt sich gut nachvollziehen. Wenn Blochers Persönlichkeit und Rolle trotzdem grotesk überhöht erscheinen, dann liegt das an Somms Konstruktion der Schweizer Geschichte: Seit der verlorenen Schlacht von Marignano im Jahre 1515 lebte die Schweiz «als Sonderfall und neutraler Eigenbrötler» ganz gut, bis ihre Elite von einem Jahr aufs andere «die alte Schweiz zur Disposition stellte». In diesem historischen «Ausnahmestand» soll der «Ausnahmepolitiker» Blocher «den Sonderfall wiederhergestellt» haben. Blocher mag ein «politisches Jahrhunderttalent» sein. Aber für die Geschichte dieses Landes dürften die 1848er-Radikalen wegweisender gewesen sein.

Sehr wohl ist Somms beizupflichten, wenn er den Durchmarsch des Protestanten Blocher in den katholischen Stammlanden ab den frühen 1990er-Jahren damit erklärt, dass die «überkommenen Einstellungen in den ehemaligen Gebieten des Sonderbundes» mit denen der SVP übereinstimmen. Ebenso richtig liegt der Autor, wenn er seinen «konservativen Revolutionär» in eine protestantische Traditionslinie mit Jeremias Gotthelf, der Gegenfigur zum radikalen Gottfried Keller, und mit Ulrich Dürrenmatt, dem bernischen Blocher des späten 19. Jahrhunderts (und Grossvater des Dramatikers), einbettet. Aber wenn zusätzlich deren Hauptfeinde, die Freisinnigen, zu Vorgängern Blochers gemacht werden, geht die Aussagekraft historischer Kontinuitäten verloren.





Markus Somms: Christoph Blocher. Der konservative Revolutionär; Appenzeller Verlag, Herisau, 523 Seiten, 48 Franken. Langs Rezension erschien leicht gekürzt und verändert in «Die Zeit» vom 12. Februar 2009

### Unterschied zu USA

Vor allem aber problematisiert Somms überhaupt nicht, dass die Landsge-meindetradition, aus der das Referen-dums- und Initiativrecht tatsächlich «zum Teil» stammen, das konserva-tive Demokratieverständnis in der Deutschschweiz in einem vormo-dernen und antiliberalen Sinne prägt. In der alteidgenössischen Landsge-meinde war Demokratie nicht ein Menschenrecht, sondern das vererb-bare Privileg eines besonderen Kollektivs, dessen Freiheit darin bestand, dieselbe anderen zu verweigern. So bekämpften die eidgenössischen Rech-ten zuerst als Kantonalkonservative die Gleichberechtigung der anders-gläubigen Christen, nach 1848 als Na-tionalkonservative die der Juden, spä-ter die der Frauen und immer die der Zugewanderten. Somms zitiert Chri-stopph Blochers germanophilen Gross-vater Eduard, der in der Landsgemeinde das altgermanische «Volksding», die «Versammlung der Wehrhaften» sieht. Weil das Demokratieverständ-nis der Romandie stärker geprägt ist durch die französisch-republikanische Verknüpfung von Bürgerrecht und Menschenrecht, kann Somms mit ihr

nur wenig anfangen. Seine Schweiz ist die Deutschschweiz samt zuge-wandten Minderheiten.

In einer unterschiedlichen Demokra-tie-Tradition liegt gleichzeitig die Hauptschwäche von Somms Parallel-führung der «konservativen Revoluti-on» in den USA mit der in der Schweiz. Der amerikanische Konservatismus ist umfassend individualistisch, der schweizerische ist es nur in der Wirt-schafts- und Sozialpolitik. Die stärk-ste Gemeinsamkeit der beiden Kon-servatismen war der Glaube in das «Evangelium des freien Marktes». Somms schildert ausführlich und ge-nüsslich, wie der Unternehmer Blo-cher im Bundesrat mal monierte: «Ich bin ja wohl der Einzige, der hier weiss, was 100 Millionen sind.» Dabei ver-glich er die Schweiz «mit einem fak-tisch bankrotten Unternehmen». Die Zahl, die heute im Raume steht, lautet 68 Milliarden. Es ist die Summe, wel-che das von Blocher mal als «ge-schützte Werkstatt» verspottete Bun-deshaus zur Rettung der Grossbank UBS beschaffen musste, um diese vor dem Bankrott zu schützen. Diese Um-kehr der Werte trifft Blocher umso stärker, als er gemeinsam mit dem Fi-

nanzspekulanten Martin Ebner in der SBG erfolglos für jenen Kurs gekämpft hatte, den Marcel Ospel später in der Nachfolgebank UBS durchsetzte – mit den bekannten Folgen.

### Nationalkonservativer Postrevolu-tionär

Markus Somms Blocher-Buch erinnert an die Ausgabe jener «Weltwoche», die in nationalem Sonderfall-Stolz und unter ausdrücklicher Erwähnung Christoph Blochers verkündete: «La crise n'existe pas (...) UBS und CS im Vormarsch.» Am gleichen Vormittag des historischen 16. Oktober 2008 gab der Bundesrat das staatliche Rettungs-paket zugunsten der privaten UBS bekannt. Weder Blocher noch seine SVP leisteten Widerstand gegen den Hochverrat an der «konservativen Re-volution». Diese Kapitulation ist min-destens so bedeutend und nachhaltig wie die Abwahl aus dem Bundesrat. Blocher wird zwar weiterhin eine po-litische Rolle spielen, aber bloss noch als nationalkonservativer Postrevolu-tionär. Markus Somms Biographie ist auch in diesem Sinne ein Geschichts-buch. ■

# Sag mir, wo die Männer sind

Marianne Aepli, Primarlehrperson\*, Menzingen | Illustration: Studierende PHSG\*\*

16

**Obwohl der legendäre Pete-Seeger-Song über die abwesenden Männer von Joan Baez und Marlene Dietrich als Antikriegslied gesungen wurde, passt er auch in Friedenszeiten. In die Bildungslandschaft nämlich – ein Krisengebiet in Bezug auf ausgewogene Geschlechterverhältnisse. Im letzten Jahr unterrichteten in der Schweiz an der Primarschule gerade noch 20 Prozent Männer, im Kindergarten waren es 4 Prozent. Gründe, Auswirkungen und Prognosen.**

Kinder brauchen Männer. Was den richtigen Mann, die richtige Frau ausmacht, definiert ein Schulkind in erster Linie anhand von Vorbildern. Weibliche Vorbilder gibt es im Kinderleben ausreichend, männliche sind in vielen Fällen selten anzutreffen. Wenn sie aus Medien und Computerspielen kommen, bedarf es einigen Gegengewichts. Aus gesellschaftlicher Sicht soll hier die Schule in die Pflicht genommen werden. Lehrerinnen unterrichten gut und erfolgreich, die Schulqualität steht und fällt nicht mit dem jeweiligen Zahlenverhältnis von Lehrerinnen und Lehrern. Trotzdem gilt, wie auch Remo Largo, der Zürcher Kinderpsychologe in seinem neuen Buch «Schülerjahre» betont: Beziehung kommt vor Erziehung. Dieses Fazit, beachtet querbeet durch die Fachliteratur zur Bildungsthematik in der Schweiz, zeigt auf, dass die Diskussion über die Frage, wie viel Erziehung an sich in die Schule gehöre, längst überholt ist. Erziehung ist Teil der Schulausbildung.

## Verändertes Berufsbild

Gerade darin sehen Bildungsforschende einen wesentlichen Grund für den Rückgang des Männeranteils an der Primarschule. Die gesellschaftliche Anerkennung für den Lehrerberuf ist in den letzten Jahrzehnten gesunken, parallel dazu haben sich die Männer aus diesem Berufsfeld zurückgezogen. Zum einen ist die Entlohnung für Berufspersonen mit einem abgeschlossenen Studium mittelmässig, insbesondere auf der Kindergartenstufe, zum andern sind auch die Karrieremöglichkeiten beschränkt. Aufstiegsmöglichkeiten sind im Füh-

rungsbereich gegeben, etwa in die Etagen der Schulleitungen, wo der Männeranteil denn auch markant höher liegt. Weitere Karriereaussichten bieten ein Berufswechsel, eine selbstständige Tätigkeit oder eine Anstellung in der Privatwirtschaft.

Von dort sollen sie nun kommen – zurückkehren –, die Männer. Der Verband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) hofft auf eine Zunahme der Studenten an den Pädagogischen Hochschulen aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage. Immerhin hat ein Mann mit einem «Diplomstudium Primarschule» in den nächsten Jahren sozusagen eine Stelle auf sicher. Diese Entwicklung wirkt sich seit 2009 positiv auf die Berufsqualität aus.

## Männeranteil 12,6 Prozent

Dem pflichtet auch Brigit Eriksson, Rektorin der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, Zug, bei. Die aktuellen Zahlen an der PHZ Zug entsprechen dem schweizerischen Durchschnitt, ein Männerboom ist nicht auszumachen: Im Ausbildungsbereich Kindergarten, Unterstufe kommt 1 Student auf 40 Studentinnen, was einem Anteil von 2,7 Prozent entspricht, im Ausbildungsbereich Primarschule beläuft sich der Männeranteil unter 190 Studierenden auf 12,6 Prozent. «Wir haben grosses Interesse, Männer für den Lehrerberuf zu gewinnen», meint Eriksson, «aber junge Männer werden sich meist nicht dafür entscheiden, weil sie – eben erst der Pubertät entwachsen – der Erziehung von Kindern wenig abgewinnen können. Viel eher sehe ich Rekrutierungspotenzial auch bei er-



Die fehlenden Männer kann man in der Öffentlichkeit finden...

wachsenen Männern, die bereits Berufserfahrung und/oder eine Familie haben, bei jenen Männern, die den Lehrerberuf nicht mit «Basteln-Singen-Spüren» verbinden, sondern die pädagogisch-erzieherischen Qualitäten am Beruf schätzen, das Begleiten von Kindern und Jugendlichen beim Lernen.»

## Traumschule für Männer

Einer von ihnen ist Andy Henggeler, 30-jährig, verheiratet, Vater von zwei Kleinkindern, Student an der PHZ Zug. Bis vor einem Jahr war er in einer attraktiven Stellung als Marketingplaner tätig, nach dem KV hatte er die Berufsmatura absolviert. Das Unterrichten kannte er aus der Erwachsenenwelt als Marketingplaner. «Jetzt oder nie», habe er sich vor etwa zwei Jahren gesagt. «Zu sehr waren für mich Geld und Gewinn die Fokuse der Privatwirtschaft. Dabei war sicher die Geburt unserer Tochter ein wichtiger Einschnitt: Die soziale und emotionale Seite in mir wurde stärker gefordert, ich sah die Welt auch aus einem etwas anderen Blickwinkel.» Aus dieser Perspektive heraus klärte Andy Henggeler die Möglich-

keiten einer Ausbildung an der PHZ Zug ab, kündigte seine Anstellung und wurde Student. Seine Frau arbeitet zu Hause und betreut die beiden Kinder, sie ist zurzeit nicht erwerbstätig. Finanzierbar ist die neue Ausbildung bei Ausfall des Familieneinkommens dank einiger Reserven und einem zinslosen Darlehen. Und Henggeler glaubt, auf dem richtigen Weg zu sein. «Ich genieße neue Gestaltungsfreiräume, und die ersten Unterrichtserfahrungen im Rahmen meiner Ausbildung waren sehr gut. Ich merke aber auch, dass es keinen eigentlichen Feierabend gibt und dass das Unterrichten mit allen Vorbereitungen anspruchsvoll ist. Viele unterschätzen das – das habe ich früher auch gemacht» (er lacht). Für feminin hält er den Beruf des Unterrichtens an der Primarschule ganz und gar nicht. Dafür meint er zu seiner Ausbildung im 12.6-Prozent-Kuchensstück: «Für männliche Singles ist die PH eine Traumschule», und schmunzelt vielsagend.

### Führungsperson mit Herz

Der nationalen Lobbyarbeit für «Männer in die Unterstufe» (MiU) hat sich schon vor einigen Jahren das Netzwerk Schulische Bubenarbeit angenommen. Auf Leporellos und Postkarten werben Kindergärtner und Unterstufenlehrer mit markanten Sätzen. Die Arbeit wird als aufregend, nie



... wo männliche Piktogramme bestens verbreitet sind.

langweilig, gepriesen, der Lehrer als Schlüsselperson dargestellt. Die geforderten Kompetenzen sind vielfältig, gesucht werden Führungspersonen mit Herz.

Daraus entsteht aus Gendersicht eine paradoxe Situation. Noch ist es in unserer Gesellschaft eine Tatsache, dass sogenannte Frauenberufe tendenziell weniger gesellschaftliche Anerkennung bekommen, was sich auch im Lohnsegment deutlich widerspiegelt. Diese Einteilung und Wertung verunmöglichen eine Gleichstellung der Geschlechter. Der Lehrberuf an der Primarschule ist aktuell ein Frauenberuf. Gleichzeitig aber brauchen unsere Kinder auch die Männer in der Schule, um an Geschlechterverständnis dazuzulernen. Deshalb werden neuerdings die Männer umworben, vor allem mittels eines aufgewerteten Berufsimages. Im Zuge der Hebung des Männeranteils soll

der Beruf indirekt aufgewertet werden. Das muss für die Frauen kein Problem sein. Auch ihnen stehen neue Berufsfelder offen, auch in sogenannten männlichen Domänen: zudem ist für die nächsten Jahre ein erheblicher Mangel an Lehrpersonen prognostiziert. Genug Platz und Arbeit für weibliche und männliche Führungspersonen mit Herz! ■

\*Dieser Artikel ist der vierte Beitrag einer Themenreihe zu ‚Bildung und Geschlecht‘. Die Autorin Marianne Aepli, Master of cultural & gender studies, arbeitet als Primarlehrerin in Menzingen, sowie in der Aus- und Weiterbildung von Primarlehrpersonen in Zug und Luzern.  
\*\*Studierende der Pädagogischen Hochschule St. Gallen sind der Frage nach den fehlenden Männern auf humorvolle Art nachgegangen. Dozent Thomas Rhyner.





# Grüne Lunge zwischen Zug und Baar in Gefahr

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative Baar und Mitglied der Tiefbaukommission | Illustration KR-Vorlage 1646.4

18

**Die neuesten Verkehrszahlen zeigen, dass die geplante Tangente nicht hält, was der Baudirektor verspricht. Im Gegenteil: es gibt noch mehr Verkehr. Der Bund unterstützt die Tangente finanziell nicht und fällt ein vernichtendes Urteil über die Tangente. Im nächsten Winter stimmt der kantonale Souverän darüber ab.**

An einem sonnigen Vorfrühlingstag spazierte ich von Baar südwärts nach Inwil. Ich setze mich auf ein Bänkli und schaue den vorbeispazierenden Müttern mit ihren Kinderwagen nach. Die grösseren Kinder spurten mit ihren Trottinets vor und zurück. Ein älterer Mann mit Krücken setzt sich kurz zu mir und wechselt einige Worte.

## Grüne Lunge noch intakt

Ich betrachte den Verkehr rundherum: Im Westen führt in etwa 600 m Entfernung die Zuger-/Baarerstrasse durch. An der Neufeldkreuzung stauen sich die Autos, bis sie bei Grün weiterfahren. In östlicher Richtung steigt der Hang zwischen Baar und Inwil an bis hinauf zum Hof Margel und zur Oberallmig. Diesem Hang entlang – ebenfalls in etwa 600 m Entfernung – führt die Ägeristrasse, die vom Talacher den Verkehr nach Baar hinunterleitet.

Ich sinniere, wie dieser grüne Hang wohl in fünfzehn und in dreissig Jahren aussehen wird. Wird es uns gelingen, diese grüne Lunge zwischen Zug und Baar zu erhalten, so wie der Richtplan es bislang noch vorsieht? Oder wird sich hier im Jahr 2024 eine Autokolonne den Hang hinauf- und eine zweite den Hang hinunterschieben, mit täglich rund 12'000 Fahrzeugen vom Talacher Richtung Inwil und über 24'000 nördlich von Inwil?

Und was ist in dreissig Jahren? Werden dann links und rechts der Tangente Wohnquartiere entstanden sein? Da die Strasse schon bestand, konnte man der Versuchung nicht widerstehen und hat den Hang in eine wunderbare Wohnlage für gutbetuchte Steuerzahler umgezogen? Ist die grüne Lunge verschwunden, das Naherholungsgebiet von Baar zerstört und von Verkehrsströmen überflutet?

## Neue Zahlen – noch mehr Verkehr!

In welche Richtung sich die Ebene und die grüne Lunge von Baar entwickeln könnte, wird bis zum Sommer 2009 im Kantonsrat festgelegt werden, wenn die Tangente Zug/Baar beraten wird. Bereits im Februar 2008 wurde das Generelle Projekt von der Baudirektion präsentiert. Als eines der Projektziele wurde formuliert, dass die stark beeinträchtigten Ortszentren von Baar und Zug entlastet werden sollen. Die Exekutiven beider Gemeinden hatten Zweifel an den Unterlagen und verlangten neue, genauere Verkehrsdaten. Der Baudirektor eilte es damit nicht. Der umtriebige Baudirektor nutzte stattdessen die Zeit, um in allen Gemeinden Propaganda für das Projekt zu betreiben; das kann und darf er nämlich nur, solange die Vorlage nicht im Kantonsrat beraten wird. Im Dezember 2008, zwei Tage vor Weihnachten, wurde der Zusatzbericht der Regierung veröffentlicht. Der Zeitpunkt war mit Bedacht gewählt – die Zahlen sind sehr unerfreulich für das Projekt. Drei wesentliche Punkte sind erwähnenswert:

- Neu rechnet der Regierungsrat mit mehr Verkehr. Er bestätigt also die alte Einsicht: Wer Strassen sät, wird Verkehr ernten.
- Weiter wird aus dem Bericht klar ersichtlich, dass nur relativ wenige Fahrzeuge (nämlich 6000 täglich, das sind 30 Prozent) von den Berggemeinden auf die Autobahn wollen, dass es also einen Verhältnissblödsinn darstellt, dafür das wichtige Naherholungsgebiet von Zug und Baar zu opfern.
- Als Drittes zeigen die Berechnungen, dass eine Teilrealisierung der Tangente vom Autobahnanschluss Baar bis ins Industriegebiet Göbli/Baarer-matte Sinn macht und funktioniert.

## Opposition formiert sich

Bereits im Jahre 2007 bildete sich das «Komitee Grüne Lunge Zug-Baar». Im Frühjahr 2008 erfolgte die öffentliche Gründungsversammlung, die überaus gut besucht war. Seither werden an Aktivenversammlungen die Materialien für Abstimmungskampagne und Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung erarbeitet und Aktivitäten koordiniert.

Die Hauptargumente des Komitees gegen die Tangente Zug/Baar sind:

Es sollen keine neuen Strassenkapazitäten geschaffen werden, da dies nur Mehrverkehr generiert. In Zug gibt es praktisch keine Entlastungen, sondern nur eine Umverteilung des Verkehrs, in Baar fallen mit Ausnahme der Ägeristrasse die Entlastungen nicht wirklich ins Gewicht. Die Quartiere von Inwil und Göbli werden die Hauptleidtragenden sein, denn die Inwilerriedstrasse (mit dannzumal geschätzten 12'500 Fahrzeugen täglich ohne Tangente) würde zwar gesperrt werden, dafür würden in etwa 60-80 m Entfernung täglich über 24'000 Fahrzeuge vorbeibrausen. Nötig ist aber eine Verkehrsreduktion, nicht eine Verkehrsumlagerung, sonst werden unsere Klimaschutzziele nie erreicht. Ernst zu nehmen sind ebenfalls die Befürchtungen des Baarer Gemeinderates, dass die Immissionsbelastungen für die Bevölkerung massiv zunehmen werden entlang der Tangente. Wird die Tangente von den Befürwortern als eine Attraktivitätssteigerung für die Berggemeinden bezeichnet, so weisen wir Gegner auf die Kehrseite der Medaille hin: In den Berggemeinden entsteht ein zusätzlicher Siedlungsdruck, und sie drohen erst recht im Verkehr zu ertrinken. Menzingen wird erheblich mehr Durchgangsverkehr bekommen, und besonders für den Schwerverkehr wird die Tangente eine lohnende Abkürzung darstellen auf dem Weg zwischen Zürichsee und Zentralschweiz / Aargau.



Belastungskarte durchschnittlicher Tagesverkehr an einem Werktag im Jahre 2020, ohne Riegel Industriestrasse

wähnten ersten Etappe der Tangente und eines etappierten Stadttunnels. Dazu braucht es die Ablehnung des Gesamtprojektes der Tangente Zug/Baar.

- Im Prüfbericht zum Zuger Agglomerationsprogramm stuft der Bund die Tangente in die niedrigste Dringlichkeitsstufe zurück mit folgender Begründung: «Kosten-Nutzen-Verhältnis ungenügend. Insgesamt wird die Entlastungswirkung angesichts der hohen Kosten als zu gering eingestuft. Teilweise werden die Immissionen in andere bestehende Siedlungsgebiete umgelagert. Zusätzlich wirken der Zerschneidungseffekt in einem Siedlungstrenngürtel gemäss kantonalem Richtplan, der Zersiedelungseffekt und der Flächenverbrauch negativ.»

Wie geht es weiter? Nach den Beratungen des Projektes im Kantonsrat bis Sommer 2009 wird das Komitee Unterschriften sammeln für das Referendum, verbunden mit diversen Aktivitäten. Die Volksabstimmung wird im Winter 2009/10 stattfinden. Weitere Informationen sind erhältlich unter: [www.gruene-lunge.ch](http://www.gruene-lunge.ch). Die Kantonsratsvorlagen finden sich auf der Homepage des Kantons Zug unter [www.zug.ch](http://www.zug.ch) und tragen alle die Nummer 1646 (1646.1, 1646.2 etc.). ■

### Gute Argumente dagegen

Drei Argumente gegen den Bau der Tangente sind besonders hervorzuheben.

- Die Möglichkeit einer Etappierung, für die auch der Gemeinderat Baar eintritt. Konkret heisst dies, dass vorerst nur ein Autobahnzubringer aus dem Industriegebiet Göbli/Baarermatte auf die Kreuzung Neufeld und den Knoten Süd-/Weststrasse bei der Autobahnausfahrt Baar gebaut wird. Bereits 1971 haben die Baarer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen eine Strasse

durch den landschaftlich bedeutungsvollen grünen Trenngürtel am Hang ob Inwil gestimmt und stattdessen das Gebiet in der Hanglage in eine Landschaftsschutzzone eingetragen.

- Der Stadttunnel Zug ist das teuerste Strassenbauprojekt im Zuger Richtplan, aber auch jenes mit dem grössten Nutzen in Bezug auf Verkehrsentslastung und Verkehrsberuhigung. Aufgrund der hohen Kosten ist absehbar, dass das Geld nicht für Tangente und Stadttunnel reicht. Finanzierbar ist der Bau der er-

#### Zahlen zur Tangente

- Länge: 2.3 km bis Knoten Neufeld / Ausbau Südstrasse 0.75 km / total 3 km
- Tunnellänge: 370 m
- Kosten: CHF 201 Millionen
- Verkehrszahlen nach Inbetriebnahme im Jahr 2020 (Fahrzeuge täglich):
  - zwischen Margel und Inwil: 11'900
  - zwischen Rigistrasse und Inwilerriedstrasse in Inwil: 24'100
  - Rigistrasse zwischen Inwil und Baar: 9'600
  - Marktgasse in Baar: 15'400
  - Neugasse Zug: 20'700

# 12 spannende Jahre

Interview Martin Stuber, Redaktor BULLETIN, geführt am 28.2.2009 in Zug | Illustrationen BULLETIN

20

**Vor 12 Jahren ist Marianne Zehnder aus dem Säuliamt in die Stadt Zug gezogen. 2000 wurde sie Gemeinderätin und hat bald aktiv und erfolgreich für die Alternativen die Politik mitgeprägt. Mit ihr als Wahlkampflokomotive gelang den Stadtzuger Alternativen der grosse Durchbruch zur zweitstärksten Fraktion in den Wahlen 2002. Am 1. Januar 2009 ist Marianne aus beruflichen Gründen nach Winterthur gezogen.**

**BULLETIN:** Was hat dich 1997 bewogen, bei den Alternativen mitzumachen?

**Marianne Zehnder:** Ich bin paradoxerweise nach Zug gezogen, weil ich damals im Säuliamt wegen einer happigen Mietzinserhöhung eine neue Wohnung suchte. Da meine Kinder in Baar die Steiner-Schule besuchten, lag es nahe, in Zug etwas zu suchen, und ich hatte Glück bei der Wohnungssuche. Heute hätte ich wahrscheinlich keine bezahlbare Wohnung mehr gefunden ...

Zu den Alternativen hingezogen fühlte ich mich, weil ich am Wohnort Gleichgesinnte gesucht habe. Zudem verspürte ich Lust und hatte auch die Kapazitäten, etwas Politisches zu unternehmen.

**BULLETIN:** Welche Themen standen dabei im Vordergrund?

**Marianne Zehnder:** Wohnen und Verkehr. Ich hatte damals schon das Gefühl, dass ich ein Riesenglück hatte, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Möglichkeit für Normalverdienende, eine anständige bezahlbare Wohnung zu finden, war mir schon immer ein grosses Anliegen, dafür wollte ich mich einsetzen. Beim Verkehr ist es ein einfaches Grundanliegen: dass du dich ohne Auto sicher und zügig in der Stadt bewegen kannst. Dazu braucht es ein gutes Langsamverkehrsnetz und einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr. Beides gehört zu den fundamentalen Lebensqualitäten einer Stadt.

den Wohnungen praktisch nicht mehr. An beiden Orten ist das mittlere Segment schwer – d.h. fast nur unter der Hand – zugänglich. Teure Wohnungen hat es in beiden Städten bis zum Abwinken, hingegen finden sich die superteuren Wohnungen (z.B. Eigentumswohnungen über 1 Million) fast nur in Zug.

**BULLETIN:** Und wie hat sich die Wohnsituation verändert während deiner Zeit in Zug?

**Marianne Zehnder:** In den 90er-Jahren hat Zug immer um die 22'000 Einwohner gezählt. Dann hat ein starkes Wachstum eingesetzt – 2008 zählte die Stadt 25'600 EinwohnerInnen. Eine Stadtwanderung, das Strassenbild oder die Langzeitbeobachtung des Amtsblattes genügen, um festzustellen, dass dieses Wachstum fast ausschliesslich im oberen und obersten Segment stattgefunden hat. Vieles wurde neu gebaut, aber es sind auch Wohnungen im mittleren und untersten Segment verschwunden, d.h. abgerissen worden. Oder anders gesagt: Mietwohnungen sind durch teure Eigentumswohnungen ersetzt worden.

**BULLETIN:** Aber die Alternativen haben in den 90er-Jahren aktiv die Wohnungsnot thematisiert. Damals ging es darum, dass statt Geschäftsflächen endlich Wohnungen gebaut werden.

**Marianne Zehnder:** Ja, aber es sind eben die falschen Wohnungen gebaut worden. Weshalb? Unter den in Zug herrschenden Bedingungen sind teure und sehr teure Wohnungen rentabler geworden als Büroflächen, und deshalb hat dort ein Boom eingesetzt. Die Stadt hat den freien Markt spielen lassen und zugeschaut. Respektive sie hat diese Tendenz mit Steuerrabatten massiv angeheizt, und die Stadtzuger Bürgerlichen haben mit der aktiven Unterstützung von Steuersenkungen im Kanton noch eins drauf gesetzt. Zwar konnte die Linke mit der städtischen Überbauung Roost dank dem



Zugpferd für den grossen Wählerfolg 2002

**BULLETIN:** Wie hat sich Zug unter diesen beiden Gesichtspunkten in den letzten 12 Jahren entwickelt?

**Marianne Zehnder:** Wenn ich mit Winterthur vergleiche, dann existiert in Zug das preisgünstige Segment bei



Abschiedsessen im Restaurant Zugerberg – Fraktionskollege Urs Meier schaut der Zukunft ohne Marianne etwas skeptisch entgegen ...



Souverän wenigstens ein Zeichen setzen, aber viel mehr als ein paar Tropfen auf einen heissen Stein ist das leider nicht. Es ist für mich auf diesem Hintergrund unverständlich, dass die SP einem Projekt Herti oder – noch schlimmer! – dem Belvedere-Projekt mit Wohnungen fast ausschliesslich im oberen und obersten Segment zustimmen konnte. Und im Falle der Herti erst noch mitgeholfen hat beim Schnüren eines Paketes, das nur dank der EVZ-Fanggemeinde mehrheitsfähig. Ohne Stadion wären diese Wohnungen im Scheibenhaus und auf dem Bosshard-Areal nicht mehrheitsfähig gewesen, davon bin ich überzeugt. Beim Belvedere konnten wir dies zum Glück verhindern. Das war für mich schönes Abschiedsgeschenk durch den Zuger Souverän und eine Frucht unseres hartnäckigen Engagements.

**BULLETIN:** Wie sieht das in Winterthur aus?

**Marianne Zehnder:** Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist viel verbreiteter. Vor rund hundert Jahren herrschte eine grosse Wohnungsnot in Winterthur, damals entstanden die ersten Wohnbaugenossenschaften. Dank einer grossen Anzahl Mitglieder waren sie wirtschaftlich solide und handlungsfähig. Sie kauften Land und entzogen es der Spekulation. Ihre einfachen, aber qualitativ guten Wohnungen vermieteten sie zu Selbstkosten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten die Genossenschaften, unterstützt durch eine vorausschauende Baupolitik der Stadtbehörden, Jahr

für Jahr rund hundert Wohnungen. Ab den 80er-Jahren entstand neben dem traditionellen ein neuer Typus von Genossenschaft – das selbstverwaltete Wohnen. Mit ihren Angeboten reagieren sie auf gesellschaftliche Veränderungen und neue Wohnbedürfnisse.

Heute gibt es in der Stadt und im Bezirk Winterthur über 6200 Wohnungen im Besitz von Genossenschaften und anderen gemeinnützigen Bauträgern. Allein für deren Unterhalt und für Sanierungen erhält das Gewerbe jährliche Aufträge von über 20 Millionen Franken. Schätzungsweise 15'000 bis 20'000 Menschen leben darin eine Vielfalt an Wohnformen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Entwicklung von Winterthur als trendige Kulturstadt hier nicht auch negative Effekte haben wird. Denn auch in Winterthur ist es zu einem grossen Problem geworden, bezahlbares Bauland zu finden. Aber der Nachfragedruck im oberen und obersten Segment ist wegen der höheren Steuern in Winterthur wesentlich kleiner.

Was im Kanton Zug nun realisiert werden soll, gibt es in Winterthur schon seit 1872 – nämlich die «Gesellschaft zur Erstellung billiger Wohnhäuser». Sie ist als Aktiengesellschaft organisiert und hat bisher rund 2500 Wohnungen gebaut.

**BULLETIN:** Aber du hattest ja eine städtische Wohnung im Herti, diese Entwicklung hat dich nicht direkt betroffen.

**Marianne Zehnder:** Ja, aber ich machte ja nicht einfach Politik für meine direkten persönlichen Interessen. Wo

mich diese tiefgreifende Fehlentwicklung täglich betroffen hat, ist der Strassenverkehr. Als Velofahrerin fühle ich mich immer stärker eingeengt, weil die Autos immer breiter und grösser werden und die Fahrweise vor allem dieser SUV-Ungetüme immer rücksichtsloser. Im Strassenbild zeigt sich die Veränderung in Zug am offensichtlichsten. In Winterthur ist es ein komplett anderes Velofahren. In der ganzen Stadt gilt fast durchgängig Tempo 30, und dieses wird auch eingehalten. Das Velowegnetz ist sehr gut ausgebaut, und bei allen grossen Kreuzungen ist der Velostreifen vorgezogen oder die Velos haben einen eigenen Sektor vor den Autos. Und die AutofahrerInnen in Winterthur rechnen mit den Velos, weil deren Anteil doppelt so hoch ist wie in Zug.

**BULLETIN:** Das heisst, es herrscht im täglichen Verkehr ein ganz anderes Klima?

**Marianne Zehnder:** Und wie! Zwei Anekdoten illustrieren dies:

Mein Vermieter hat bei der Unterschrift des Mietvertrages zu mir gesagt: «Kaufen Sie sich ein Velo, da kommen Sie am besten vorwärts!»

Als ich auf der Velostation beim Bahnhof einen Mietplatz beantragen wollte, sagte mir der Mensch am Schalter: «Wenn Sie in Winterthur kein Velo haben, sind Sie niemand.»

**BULLETIN:** Tia – in Zug bist du niemand, wenn du keinen Porsche Cayenne oder BMW X5 fährst ...

**Marianne Zehnder:** Das bringt es auf den Punkt. Die Sache hat aber leider auch einen Haken: die Parkplatzsitua-

tion für Velos (!) rund um den Bahnhof ist sehr schwierig. Heute gibt auf der Ostseite des Bahnhofes etwa 1700 Veloparkplätze, die teilweise stark überbelegt sind. In der bewachten Velostation stehen 260 Stellplätze zur Verfügung. Offenbar muss man für eine Jahreskarte stundenlang anstehen, und schon 2 Stunden nach Eröffnung des Verkaufs sind alle restlos weg. Im Zusammenhang mit dem Umbau des Bahnhofs und der neuen Personen- und Velounterführung ist auch eine neue bewachte Velostation von etwa 500 Plätzen geplant – leider verschwindet aber auch eine bedeutend grössere Zahl oberirdischer Veloparkplätze.

**BULLETIN:** Nun, dieses Problem hätten wir gerne auch in Zug! Ein anderes aktuelles Thema: Kämpft in Winterthur auch ein Teil der Kleingewerblertür mehr Parkplätze im historischen Zentrum?

**Marianne Zehnder:** Ich kenne keine Stadt, wo sich die Gewerblertür mehr Parkplätze einsetzen ... Aber Winti hat eine der grössten Fussgängerzonen der Schweiz, und dort floriert es. Allerdings auch hier mit dem Nachteil, dass die Mietpreise steigen und sich die alteingesessenen Kleingewerblertür die Mietzinse oft nicht mehr leisten können.

Rund um die Altstadt sind 6 Parkhäuser aufgestellt. Jenes auf dem Arch-Areal gleich neben dem Bahnhof wird demnächst abgerissen. Im dort entstehenden neuen kleinen Einkaufszentrum mit Hotel wird es nur unterirdische Parkplätze im Rahmen der Bauordnung geben – Parkplätze im Zentrum werden also verschwinden. Im letzten Sommer wurde neu ein Parkleitsystem eingeführt, und der Suchverkehr konnte eingedämmt werden; die Parksituation ist so auch für das Gewerbe befriedigend.

Aber vielleicht hängt das eben auch mit der Kundschaft in Zug zusammen. Wenn Juwelier Rösselet in der Zuger

Viele viele  
Velos in  
Winterthur



Altstadt verbissen für mehr Parkplätze kämpft, hat das vielleicht damit zu tun, dass seine Kundschaft gerne im dicken Schlitten vorfahren will ...

Fairerweise muss natürlich noch erwähnt werden, dass Winterthur etwas bessere topographische Bedingungen hat, da es flacher ist. Und in Zug ist es uns immerhin gelungen, beim Postplatz einen Prozess in Gang zu setzen, der hoffentlich dereinst in ein neues autofreies Zentrum der Stadt münden wird.

**BULLETIN:** Dein Wort in Gottes Ohr. Wie sieht es im Vergleich mit dem öffentlichen Verkehr aus?

**Marianne Zehnder:** Der ÖV fährt in den Spitzenzeiten in Winterthur im 7-Minuten-Takt. Aber das ist natürlich auch dem Umstand zu verdanken, dass Winterthur im Vergleich eine Grosstadt mit 100'000 EinwohnerInnen ist. Abgesehen davon sind die beiden ÖV-Systeme auf ähnlich hohem Niveau. Was ich in Winterthur vermisse, ist die Freundlichkeit der Zuger Buschauffeure und -chauffeusen. Das seit vielen Jahren laufende Programm der ZVB zahlt sich aus! Der Tag fängt doch gleich anders an, wenn man im Bus persönlich begrüsst wird und einem der Buschauffeur am Ende der Fahrt einen schönen Tag wünscht.

Und ob das etwas ruppige Fahren mit der Fahrschulung zu tun hat oder mit dem Sytem der Busse, weiss ich nicht. Aber das ist Jammern auf hohem Niveau.

**BULLETIN:** Du hast die Stadtzuger Alternativen in den letzten 10 Jahren stark mitgeprägt und eine wichtige Geburtshelferin-Funktion bei der Gründung der kantonalen Alternative gespielt. Wie sieht hier deine persönliche Bilanz aus?

**Marianne Zehnder:** Ja, das hat mir Spass gemacht, zusammen mit andern Alternativen aus dem Kanton die Strukturen für unsere neue Organisation zu entwickeln, Gemeinsamkeiten zu suchen, Differenzen zu bereinigen und dann gemeinsam in den Wahlkampf zu steigen. Gekrönt wurde dieser Prozess durch die Wahl unserer beiden alternativen RegierungsrätInnen. Und auch meine letzte GV mit den Alternativen wird ein Höhepunkt sein: der Beschluss der Alternativen des Kantons zum Beitritt zu den Grünen Schweiz, was ich sehr unterstütze.

**BULLETIN:** Danke für das Gespräch und wir hören über kurz oder lang sicher von dir aus Winterthur! ■

# Drei bürgerliche Holzhämmer ohne Wirkung

Grünspecht – ein kritischer Vogel

**Das waren noch Zeiten, als Politikerinnen und Politiker mit intellektuellem Scharfsinn argumentierten – dafür und dagegen. Heutzutage wird der Holzhammer hervorgeholt und mächtig auf den Gegner losgeschlagen. Ein Blick in Leserbriefe, Kantonsratsvoten und andere Verlautbarungen zeigt deutlich – die Bürgerlichen im Kanton Zug nehmen gegen die Alternativen meist die drei gleichen Holzhämmer hervor, nämlich Ideologie, Populismus und Wahlkampf.**

«Dieser Vorschlag der Alternativen stammt aus der ideologischen Mottenkiste» so lautet ein Standardsatz in den Aussagen der drei rechtsbürgerlichen Parteien. Ideologie wird als etwas Schlechtes gebrandmarkt; ganz im Gegensatz zur eigenen Position, die natürlich aus der Mitte kommt und nur von Vernunft geprägt ist. Schön wär's – es sind ausgerechnet die Botschafter der neoliberalen Ideologie, welche für sich in Anspruch nehmen, keine Ideologie zu vertreten. Wie wenn der Glaube ans grosse Geld und den allein selig machenden Markt kein engstirniges Gedankengebäude wäre, das übrigens in den letzten Monaten ziemlich Schaden erlitten hat.

## Nahe beim Volk

Der zweite Holzhammer ist derjenige des Populismus. Jüngst wieder nach der Ankündigung der Spitalinitiative wurde er von CVP-Präsident Andreas Huwyler hervorgeholt: «Die Volksinitiative ist populistisch.» Statt sich inhaltlich mit der Forderung auseinanderzusetzen, wird ein vermeintliches Totschlag-Argument eingesetzt. Populismus als Schimpfwort. Es ist aber beileibe kein Schimpfwort, im Gegenteil: Anliegen aus dem Volk und Stimmungen im Volk werden aufgenommen und in eine politische Forderung umgesetzt. Das Zuger Volk bekommt so die Möglichkeit, sich nochmals zu einer eminent wichtigen Frage zu äussern.

Die Steigerung des Populismus-Vorwurfs ist der Zusatz «billig», also billiger Populismus, im Gegensatz zum eigenen wertvollen Populismus. Aber aufgepasst – bei Populisten besteht

die grosse Gefahr, dass sie gerade das sagen, was das Volk momentan gerne hört. Das jüngste Beispiel liefert SVP-Chefstrategie Christoph Blocher: Er hat gemerkt, dass das Volk die Abzockerei in den Bank-Chefetagen und die Milliardenboni satt hat; also plädiert er auf einmal für Lohnbegrenzungen für Topbanker. Nur hat er vergessen, dass die SVP über Monate alle Vorstösse der Grünen und der SP für solche Obergrenzen im Parlament konsequent abgelehnt hat. Und Blocher selber hat über Jahre das Hohelied des Neoliberalismus gesungen; er und Martin Ebner haben über Jahre Druck auf die UBS ausgeübt, höhere Eigenkapitalrenditen verlangt und damit das Fiasko der UBS mitverantwortet. Die SVP politisiert in dieser Frage nach dem Motto: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern. Glaubwürdig jedenfalls ist es nicht.»

## Wähler ernst nehmen

Zum dritten Holzhammer, dem Argument des Wahlkampfes. Als sich – ebenfalls im letzten Herbst – die Alternative Fraktion mit Fragen zur Jugendkultur und zum Theiler-Haus an die Regierung wandte, kritisierte dies der FDP-Vielschreiber aus Neuheim als «billigen Wahlkampf» (man beachte wiederum das Wort billig). Auch hier keine Auseinandersetzung mit der Kulturraumnot und den wirklichen Problemen der jungen Menschen in Zug, sondern ein vermeintliches Totschlag-Argument. Aber auch dieser Hammer trifft nicht. In den vier Jahren der Legislatur setzen sich die Alternativen für ihre Ziele ein, unter anderem für Kulturraum für Jugendli-



23

che. Mit Motionen, Interpellationen oder Volksinitiativen wird klar, wofür die Alternativen stehen. Die Versprechen aus dem Wahlprospekt werden in konkrete Politik umgesetzt. Holzhammer-Methoden, auch Totschlag-Argumente genannt, erlauben immer auch den Verzicht auf eigenes Denken. Politikerinnen und Politiker, die nicht selber denken, haben – davon ist der Grünspecht überzeugt – langfristig keine Chance beim Volk. Genauso ist es mit der Ideologie; man kann auf das eigene Denken verzichten: Denn Ideologie ist die Weigerung, die Vernunft auf die eigenen Vorurteile anzuwenden. Oder um es bildlich zu sagen (in der Sprache des Grünspechtes): Ideologie ist die Weigerung, Löcher ins dicke Brett vor dem eigenen Kopf zu bohren. Der Grünspecht hilft mit seinem Schnabel den Bürgerlichen gerne beim Löcherbohren. ■



# Stimmrechtsbeschwerden

Interview Redaktion BULLETIN | Illustration BULLETIN

24

**Beschwerden im Zusammenhang mit Abstimmungen, Wahlen und Gemeindeversammlungen geben immer wieder zu Diskussionen Anlass. So etwa die Beschwerde wegen des Pensionskassengesetzes, des Beitritts des Zuger Stadtrates ins Pro Komitee Belvedere oder des Eisstadions Herti. Die Redaktion des BULLETINs hat dazu ein Interview mit der alternativen Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard geführt.**

**BULLETIN:** Wann ist die Stimmrechtsbeschwerde das richtige Rechtsmittel?

**Weichelt-Picard:** Mit der Stimmrechtsbeschwerde können Beschlüsse der Stimmberechtigten angefochten werden, wenn das Stimmrecht verletzt wird oder Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung einer Wahl oder Abstimmung vorgekommen sind.

**BULLETIN:** Zum Beispiel?

**Weichelt-Picard:** Die Abstimmungsfrage wurde falsch bzw. irreführend gestellt, die Information der Stimmberechtigten ist einseitig, die Wahlunterlagen unvollständig oder falsch zusammengestellt, das Wahl- oder Abstimmungsergebnis falsch ausgezählt usw. Inhaltlich ist in der Stimmrechtsbeschwerde aufzuzeigen, dass die behaupteten Unregelmässigkeiten nach Art und Umfang geeignet waren, das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen.

**BULLETIN:** Wer und an wen kann man eine Stimmrechtsbeschwerde einreichen?

**Weichelt-Picard:** Jede stimmberechtigte Person kann eine Stimmrechtsbeschwerde einreichen. Die Beschwerde ist schriftlich an den Regierungsrat zu richten und muss – wie jede Beschwerde – den Sachverhalt kurz darstellen, einen Antrag und eine Begründung enthalten.

**BULLETIN:** Immer wieder stellt der Regierungsrat fest, dass die Beschwerdeführenden Fristen verpasst haben. Warum? Worauf muss man achten, wenn man eine Beschwerde einreicht?

**Weichelt-Picard:** Die Frist zur Einreichung einer Stimmrechtsbeschwerde beträgt drei Tage seit Entdeckung des Mangels. Immer wieder stellt der Regierungsrat fest, dass die Beschwerdeführenden Fristen verpasst haben. Diese Frist ist im Vergleich zu anderen Beschwerdefristen, Bsp. Verwaltungsbeschwerden, sehr kurz bemessen. Sie lässt den stimmberechtigten Personen wenig Zeit, die Situation genau abzuklären und sich evt. noch anwaltlichen Rat zu holen. Die dreitägige Frist beginnt zum Zeitpunkt, an dem die behauptete Unregelmässigkeit entdeckt worden ist oder hätte entdeckt werden können. Da sich jedoch der Zeitpunkt der individuellen Kenntnisaufnahme kaum feststellen und nachweisen lässt, wird in der Regel auf den Zeitpunkt abgestützt, an dem die Kenntnisaufnahme möglich gewesen wäre. Konkret heisst dies zum Beispiel eine Amtsblattpublikation, eine Medienberichterstattung, Eintreffen der Abstimmungsunterlagen im Haushalt. Die Frist beginnt am darauf folgenden Tag zu laufen.

**BULLETIN:** Warum wurde die Frist mit drei Tagen so kurz angesetzt?

**Weichelt-Picard:** Die Frist ist deshalb so kurz bemessen, damit die Behörden allenfalls die Möglichkeit haben, den Mangel noch rechtzeitig zu beheben und die Wahl oder Abstimmung korrekt durchzuführen. So muss das Volk in der gleichen Angelegenheit nicht zweimal an die Urne oder die Gemeindeversammlung bemüht werden. Konnten die Mängel erst nach dem Abstimmungstermin entdeckt werden, so ist die Stimmrechtsbeschwerde ebenfalls innert drei Tagen einzu-



Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard zur Stimmrechtsbeschwerde

reichen. Drei Tage nach Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses im Amtsblatt endet die Beschwerdemöglichkeit.

**BULLETIN:** Kann ein Abstimmungsergebnis oder eine Abstimmung aufgehoben werden?

**Weichelt-Picard:** Nur wenn sich Mängel oder Unregelmässigkeiten nicht anders beheben lassen, kann eine Abstimmung untersagt oder ein Abstimmungsergebnis aufgehoben werden. Da dies eine sehr schwerwiegende Massnahme darstellt, kommt es nur selten vor und nur als letztmögliche Massnahme. Bei einem begründeten Verdacht auf unkorrekte Auszählung der Abstimmungsergebnisse kann der Regierungsrat auch eine Nachprüfung anordnen.

**BULLETIN:** Warum wurde bei der Pensionskassenabstimmung mit dem sehr knappen Abstimmungsergebnis nicht noch einmal ausgezählt?

**Weichelt-Picard:** Wenn keine Hinweise auf Unregelmässigkeiten vorliegen, kann keine Nachzählung angeordnet werden. Der Umstand, dass ein Ergebnis knapp ausgefallen ist, bildet somit keinen Grund für eine Nachzählung eines Abstimmungsergebnisses. ■

# Alpenfeuerzellerland

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bild Grüne Appenzellerland

**Die Grünen Appenzellerland (GRAL) wurden im August 2004 gegründet. Die Partei ist zurzeit weder kommunal noch kantonal in den Behörden vertreten. Aus verschiedenen Gründen sei der Vorstand zurzeit ziemlich passiv, weshalb dieser Text von einem Redaktionsmitglied des BULLETINS geschrieben wurde. Die hauptsächlichen Aktionen der Grünen Appenzellerland konzentrieren sich zurzeit auf die Organisation des alljährlichen Alpenfeuers.**

Die Grünen Appenzellerland feierten ihre Gründung 2004 mit einem Alpenfeuer, seither organisiert sie dieses Feuer alljährlich im August. Erstmals «feuerten» Grüne aus dem Appenzellerland und aus dem ganzen Kanton St. Gallen 2007 gemeinsam für mehr Gletscher in den Alpen. Herkommend zu Fuss, mit dem Velo, dem Appenzellerbändli oder mit dem Mobility-Auto, versammelten sich Grüne aus fast der ganzen Ostschweiz, um mit einem Feuer in den Alpen auf die weiterhin zunehmende Umweltbelastung hinzuweisen. Mit Musik, Gesang, Jonglieren und vielen Diskussionen begleiteten die Grünen zuerst den herrlichen Sonnenuntergang und nachher das lodernde Feuer. Der Alpen- und Klimaschutz stand dabei im Mittelpunkt der Gespräche. Die vielen anwesenden Nationalratskandidatinnen und -kandidaten forderte u.a. mit einer griffigen CO<sub>2</sub>-Abgabe und einer Klimaschutzstrategie den Bund auf, dem Ausstoss von CO<sub>2</sub> zu begegnen. Ausserdem muss nach Meinung der Grünen die 1994 angenommene Alpeninitiative endlich umgesetzt werden.

## Alte Tradition

Höhenfeuer gehen auf eine uralte Tradition zurück, wie Pia Hollenstein als Grüne Nationalrätin des Kantons St. Gallen anlässlich der Gründung ausführte. Schon im Mittelalter dienten sie als Warnsysteme bei drohender Gefahr. Mitte der 80er-Jahre wurde die Idee einer europäischen Lichterkette wieder aufgenommen, um auf die schleichende Beeinträchtigung des Ökosystems Alpen aufmerksam zu machen. Die von Wien bis Nizza lodenden Höhenfeuer sind ein Symbol

der Solidarität zwischen den Alpenländern und -regionen sowie zwischen den Menschen aus den städtischen Agglomerationen und den AlpenbewohnerInnen. Sie zeigen, dass die Belastungen der Umwelt und die Bedrohungen der kulturellen Eigenarten vor Grenzen nicht Halt machen. Die durch die Höhenfeuer kommunizierten Botschaften sind alljährlich ein Spiegel der aktuellen, zu Besorgnis Anlass gebenden Problemfelder in den Alpen. Ein Dauerbrenner ist der ständig wachsende Transitverkehr, welcher ganze Täler im Alpenraum zu ersticken droht.

## Nationalstrassenfrei bleiben

Verschiedene politische Gruppierungen der beiden Appenzeller Halbkantone haben im Jahre 2005 eine Petition für ein nationalstrassenfreies Appenzellerland lanciert. Unter der Federführung der Grünen Appenzel-

lerland fordern die Petitionäre von den Kantonsregierungen und Kantonsparlamenten in Herisau und Appenzell, sich nicht mehr für den Nationalstrassenzubringer Appenzellerland einzusetzen, weil nebst vielen anderen Gründen auch die unverhältnismässigen Kosten (336 Mio.) und der Landverbrauch dagegen sprechen.

## «Eigenes Wasser»

Seit 2005 bekannt wurde, dass zugunsten von Trinkwasser aus dem Bodensee auf das Bachwasser vom Bruderbachtal verzichtet werden soll, ist das Thema «Unser Wasser» für die Bevölkerung von Trogen und Speicher von spezieller Bedeutung. Verschiedene Voten an Gemeindeversammlungen von Trogen zeigten, dass die Bevölkerung lieber das eigene Wasser nutzen möchte. Um die Stimmung in Speicher auszuloten, organisierten die Grünen Appenzellerland (GRAL) Mitte Jahr 2006 in Speicher eine breit angelegte Umfrage zum Thema. Eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nahm für das «eigene» Wasser Stellung. Aufgrund dieses Resultates ist klar, dass die Gemeinderäte von Trogen und Speicher alles unternehmen müssen, um das eigene Trinkwasser zu schützen. ■

Höhenfeuer dienten schon im Mittelalter als Warnsysteme bei drohender Gefahr.





26 Büchermail

Von Silvan Abicht

Peter F. X. Hegglin, **Zug, natürlich. Schutz und Entwicklung der Zuger Landschaft.** 160 Seiten, 11 Wanderkarten, Zug, Ende 2008. Erhältlich im Zuger Buchhandel.



Der Kanton Zug besitzt durch seine räumliche Lage am Rand der Voralpen besonders wertvolle und schützenswerte Landschaften. Dass diese heute erhalten sind, ist angesichts des riesigen Bevölkerungswachstums und der Bauaktivitäten in den vergangenen Jahrzehnten nicht selbstverständlich. Dass diese langfristig erhalten bleiben, hängt vom Verständnis der Bevölkerung für die Natur ab. Dieses ist das Ziel des Buches von Peter F. X. Hegglin, ehemaliger Leiter der Abteilung Natur und Landschaft im kantonalen Amt für Raumplanung. Er schildert darin den beschwerlichen Kampf des Zuger Natur- und Landschaftsschutzes zum Erhalt

etwa der Moränenlandschaft in Neuheim, der Reusslandschaft in Hünenberg und der Moorlandschaften in Oberägeri. Für die Stadt Zug illustriert Hegglin dies anhand des Naturschutzgebietes Choller. Auf Betreiben der Schifffahrt-Gesellschaft für den Zugersee wollte der Stadtrat 1969 im Mündungsdelta der alten Lorze eine Hafenanlage zur Unterbringung von rund 600 Booten und eine Steganlage für die Zugersee-Schifffahrt bauen. Damit wären die einzigartige Ufervegetation und der Auenwald im Delta, welche als Lebensräume seltener Tier- und Pflanzenarten dienen, bedroht gewesen. Nach einem mehrjährigen Seilziehen zwischen Befürwortern und Gegnern wendete sich das Blatt für die Natur zum Guten und die Hafen-Pläne wurden fallen gelassen. Durch eine umfassende Ufersanierung in den 80er-Jahren präsentiert sich das Naturschutzgebiet Choller heute als Juwel am Zuger Seeufer. Das Konzept des Buches überzeugt: für jede der 11 Zuger Gemeinden wird ein Fall geschildert. Dem Buch beigelegt sind 11 kleine Wanderkarten, wodurch der Leser zu praktischen Erkundungen ermutigt wird. Selten kommt ein Buch so einheitlich daher: Die Gestaltung des Buches ist perfekt auf das Thema abgestimmt. Ausgedehnte Fotoessays von Guido Baselgia lockern die kurz



und bündig gehaltenen Kapitel auf. Peter F.X. Hegglin legt mit seinem Buch das Standardwerk für jeden Zuger Naturfreund vor! ■

**FLIZ im April, Mai und Juni 09**

Montag, 6. April 2009, 19:30 Uhr **im Burgbachkeller:**

10 Jahre FLIZ, JubiläumsgV, öffentlich, mit anschliessendem Film: **DIE SELBSTZERSTÖRUNG DES WALTER M. DIGGELMANN** von Walter Marti und Reni Mertens in einer neuen DVD-Fassung (Erich Langjahr) Zum Gedenken an Walter Marti und Reni Mertens.

**Im Kino Gotthard:** Montag, 20. April 2009, 20 Uhr

**GIU LE MANI**, eine Dokumentation von Danilo Catti (nominiert für den Schweizer Filmpreis). Der Streik im Industriewerk der SBB-Cargo in Bellinzona März 2008. Durch die Schliessung des Werkes sind 430 Arbeiter vom Stellenabbau bedroht.

Montag, 11. Mai 2009, 20 Uhr **LUFTBUSINESS** von Dominique de Rivaz (mein Name ist Bach). Deutschschweizer Premiere! Die Geschichte dreier junger arbeitsloser Aussenseiter, die sich mit Gelegenheitsarbeit fortbringen. Bei einer Onlineauktion von

Ebay verkauft der Erste seine Kindheit, der Zweite seine alten Tage und der Dritte seine Seele. Was als Spiel beginnt, endet als Drama fast religiösen Ausmasses. Sie glauben, sich von Überflüssigem befreit zu haben – und haben Wesentliches verloren. Dominique de Rivaz ist anwesend!



Montag, 25. Mai 2009, 20 Uhr **ISA HESSE-RABINOVITCH**, Dokumentarfilm von Anka Schmid. Die Schweizer Filmpionierin Isa Hesse-Rabinovitch (1917-2003) bewegte sich zeitlebens auf unkonventionellen Pfaden in beeindruckender Selbstständigkeit. Tochter jüdisch-russisch-österreichischer Immigranten in Zürich, verheiratet mit einem Sohn Hermann Hesses, arbeitete sie als Illustratorin, Reporterin, Fotografin und begann als Fünfzigjährige zu filmen. Anka Schmid ist anwesend!

Montag, 8. Juni 2009, 20 Uhr Je nach Verfügbarkeit der RegisseurInnen: **FORTERESSE** von Fernand Melgar, **NO MORE SMOKE SIGNALS** von Fanny Bräuning, **PAUSENLOS** von Dieter Gränicher. ■





SA, 28. März: **Unterschriftensammlung zur Kantonsspitalinitiative**

MI, 1. April: **Alternative Monatsbar**

18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug. Mit Köchinnen und Köchen der Alternative Stadt Zug

**Anschließend:**

20 Uhr, GV Verein DAS BULLETIN

SA, 4. April: **Grosser Unterschriftensammeltag zur Kantonsspitalinitiative in allen Zuger Gemeinden**

SA, 4. April: **Velobörse Baar** (bei jeder Witterung) Beim Schulhausplatz Marktgasse, Seite Rathaus-Schüür. Zeit: 8–15 Uhr, Velo bringen von 8–11 Uhr (Velo Verkauf: 11–14 Uhr)

SO, 5. April: **Stamm KriFo** 8.30 Uhr, Restaurant Milchsüdi, Cham

MI, 8. April: **Generalversammlung Alternative Baar**. 19 Uhr, Pflegezentrum Baar

SO, 3. Mai: **Stamm KriFo** 8.30 Uhr, Restaurant Milchsüdi, Cham

MI, 6. Mai: **Alternative Monatsbar** 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug. Mit Köchinnen und Köchen der Alternative Baar

**Anschließend:**

20 Uhr, GV Alternative Kanton Zug – Entscheid über Beitritt zu den

Grünen Schweiz SA, 16. Mai: **Politcafé** zum Thema Schule/Familie, Alternative Baar 9.30–11 Uhr, Cafe Martinspark, Baar

MI, 3. Juni: **Generalversammlung Alternative Stadt Zug** 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug,

SA, 6. Juni: **Alternative Monatsbar** 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug. Mit Köchinnen und Köchen des Forum Oberägeri

SA, 13. Juni: **Delegiertenversammlung Grüne Schweiz** Aufnahme Alternative Kanton Zug zur Grünen Partei Schweiz, in Solothurn

MI, 1. Juli: **Alternative Monatsbar** 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug. Mit Köchinnen und Köchen der Alternative Frische Brise, Steinhausen **Anschließend:** 20 Uhr, Diskussion und Beschluss über die Namensfrage der Alternative nach dem Beitritt zu den Kanton Zug Grünen



Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative Kanton Zug** Postfach 4806, 6304 Zug 041 711 99 09

[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

**Öffnungszeiten Büro Alternative Kanton Zug:** MO, 14–18 Uhr DO, 10–14 Uhr

**Forum Oberägeri** Andreas Kuhn, Lutisbachweg 9 6315 Oberägeri [www.forum-oberaegeri.ch](http://www.forum-oberaegeri.ch) [forum-oberaegeri@mymail.ch](mailto:forum-oberaegeri@mymail.ch)

**Freie Wähler Menzingen** Pia Rhyner, Präsidentin, Eustr. 16, 6313 Menzingen, Postfach 112, 6313 Menzingen [www.fw-menzingen.ch](http://www.fw-menzingen.ch) [pia@fw-menzingen.ch](mailto:pia@fw-menzingen.ch)

**Frische Brise Alternative Steinhausen** Postfach 123 6312 Steinhausen [www.frischebrise.ch](http://www.frischebrise.ch) [ursfalk@bluewin.ch](mailto:ursfalk@bluewin.ch)

**Gleis 3 Risch-Rotkreuz** Hanni Schriber, Unterer Haldenweg 5 6343 Rotkreuz [www.gleis3.ch](http://www.gleis3.ch) [hannischriber@gmx.ch](mailto:hannischriber@gmx.ch)

**KriFo Alternative Cham** Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham [haas-pousaz@gmx.ch](mailto:haas-pousaz@gmx.ch)

**Alternative Stadt Zug** Postfach 4805, 6304 Zug [www.alternative-stadt.ch](http://www.alternative-stadt.ch) [info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Alternative Baar** Postfach, 6340 Baar [www.alternative-baar.ch](http://www.alternative-baar.ch) [info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative Fraktion im Kantonsrat** [www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 1, März 2009, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN Alternative Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, E-Mail: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Philippe Koch, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion: Manuela Burkart, [www.alphabeet.ch](http://www.alphabeet.ch)

Gestaltungskonzept: alphabeet gmbh, S.H.E.D.

Belichtung & Druck: DMG Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1150 Exemplare

WEMF-bestätigte Auflage: 1009 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.– KleinverdienerInnen Fr. 10.– Unterstützungssabo: Fr. 50.– Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 2/2009: Freitag, 12. Juni 2009

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 2. Juli 2009

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter

[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative Kanton Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

